

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Altestraße 16
Fernsprecher S. 10, 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsverwaltung
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht juristisch behandelt

Sind die Arbeitslöhne im Steigen?

Hört man die Unternehmer reden, dann vermehrt sich das Einkommen der Arbeiter und Angestellten zusehends. Wie oft haben wir uns schon mit der immer wiederholten Behauptung befassen müssen, die Arbeitslöhne seien „sogar schon“ über die Vorkriegshöhe gestiegen und die gesamten Früchte der Rationalisierung seien den Arbeitenden zugefallen. Nach einem gemeinsamen Trick der gesamten „staatsverhaltenden“ (das heißt kapitalstützenden) Presse hat man die Sache so gedreht, als ob die Arbeiter sich gegen einen moralischen Vorwurf zu verteidigen hätten. Als ob es nicht ihr gutes Recht wäre, endlich einmal über die elenden Löhne der Vorkriegszeit hinauszukommen. Und als ob sie nicht den ersten Anspruch auf die Früchte der Rationalisierung hätten!

Jedoch, leider ist es nur ein Trick, der dazu dienen soll, die Arbeiter über ihre eigene Lage zu beschwindeln. Die Tatsache der Lohnsteigerung selbst wird als etwas Bekanntes und Unzweifelhaftes hingestellt, damit die Arbeiter — und auch die gesamte Öffentlichkeit — gar nicht erst darüber nachdenken sollen, ob sie überhaupt zutrifft. Wirklich werden auch namentlich viele kleine Bürgerleute, denen es selbst schlecht geht, dadurch aufgeregt. Sie entrüsten sich darüber, daß die Arbeiter immer mehr einfallen, während „die ganze übrige Bevölkerung“ verarmt.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht allmonatlich die Tariflöhne von 12 wichtigen Gewerbezweigen. Wenig genug ist das, und es ist auch nicht unanfechtbar, weil die Tariflöhne keineswegs überall mit den wirklich gezahlten Löhnen übereinstimmen. So bleibt von vornherein stets die Möglichkeit, falls die Zahlen Ungünstiges ergeben, zu behaupten, daß die Arbeiter in Wahrheit mehr kriegen. (Übrigens habe ich in Nr. 27 der Metallarbeiter-Zeitung am Beispiel der Metallarbeiter in Berlin nachgewiesen, daß auch die wirklichen, über tariflichen Löhne für die meisten nicht zum notwendigen Lebensunterhalt ausreichen.) Diese kümmerlichen Veröffentlichungen nun ergeben als Durchschnitt für den 12. Gewerbezweigen, Durchschnitt des ganzen Reiches und Durchschnitt jedes Jahres) in den letzten Jahren seit der Stabilisierung:

	Gelernte	Ungelernte
1913/14	35,35	23,50 <i>h die Woche</i>
1924	33,09	25,05
1925	42,28	31,28
1926	46,05	34,15
1927	47,52	36,20
1928	51,07	39,19
Jan./Juli 1929	52,98	41,—

In der Tat, es ist von Jahr zu Jahr mehr geworden. Und das sogar in recht erheblichem Maße. Von 1924 bis 1929 macht das eine Lohnsteigerung um 61 bis 64 % aus oder um jährlich 12 bis 13 %. Herz, was verlangt da noch mehr? Wenn das so weiter geht, werden sicher in ein paar Jahren alle deutschen Arbeiter Millionäre sein. — Oder nicht?

Es gibt wirklich und wahrhaftig Leute, die die Proleten auf so plumpe Weise irreführen versuchen. Und was noch schlimmer: es gibt Arbeiter, die auf den plumpen Schwindel hereinfallen und trotz des Schmachtriemens um den Leib sich einreden lassen, durch die „hohen“ und „schnell steigenden“ Löhne werden die Waren verteuert, dadurch stößt der Absatz, darum die Arbeitslosigkeit, Krise, Inflation usw. Kurz, an allem Übel seien die „hohen“ Arbeitslöhne schuld und der erste Schritt zur Besserung sei ihr Abbau! Wie wäre es sonst möglich, daß Vorschläge auf Lohnkürzung von Arbeitern überhaupt ernstlich erwogen werden!

Doch nicht immer schwindeln die Unternehmerröcklinge so dreist. Sie können es sich leisten, darauf Rücksicht zu nehmen, daß seit der Inflation viele Arbeiter gelernt haben, zwischen dem Geldlohn und dessen Kaufkraft zu unterscheiden. Auch dann ist dafür gesorgt, daß die Wahrheit nicht an den Tag kommt. Wovon hat man denn den amtlichen Lebenshaltungszähler? Er verkündet doch aller Welt, um wieviel der Lebensunterhalt von Jahr zu Jahr teurer wird. Nun wohl, rechnet man nach dessen Angaben die Kaufkraft der Geldlöhne, so ergibt sich:

Kaufkraft der Tariflöhne nach dem amtlichen Lebenshaltungszähler

	Index	Gelernte	Ungelernte
1913/14	100	35,35	23,50 <i>h die Woche</i>
1924	128	25,85	19,55
1925	140	30,20	22,35
1926	141	32,65	24,20
1927	148	32,15	24,45
1928	152	33,60	25,80
Jan./Juli 1929	154	34,35	26,55

Hier tritt allerdings zutage, daß der gelernte Arbeiter mit seinen 53 *h* Wochenlohn heute nicht mehr kaufen kann als mit 34 *h* vor dem Kriege, und der ungelernete mit 41 *h* knapp so viel wie damals mit 27 *h*. Daß dies bekannt wird, läßt sich nicht umgehen. Aber seit 1924 bleibt doch auch so eine prächtige Lohnsteigerung übrig, 33 bis 36 % in bloßen 5 Jahren. Und das ist die Hauptsache. Denn nun kann der Kapitalist sagen: was wollt ihr? Krieg und Revolution haben uns einen Zusammenbruch ohnegleichen gebracht. Jahrelang dauerte das Lohnwahn. Erst 1924 hatten wir uns so weit erholt, daß ein langjähriger stetiger Aufbau beginnen konnte; und in den wenigen Jahren ist die reale Kaufkraft eures Lohnes um ein volles Drittel vergrößert worden. Öffnet das nicht die herrlichsten Aussichten für die Zukunft?

Wunderbar klingt solche Kunde. Und doch wills niemand recht glauben. Wir spüren nämlich nichts davon, nicht am

eigenen Leibe, nicht in der Haushaltung, daß es besser wird. Im Gegenteil, aus der alltäglichen Erfahrung heraus haben wir das ganz bestimmte Gefühl, daß die Waren, die wir kaufen müssen, immer teurer werden, während unsere Einkünfte nicht in demselben Maße wachsen. Wie reimt sich das zusammen?

Ach ja, wir erinnern uns, es war schon oft davon die Rede. Eine schöne Sache mit dem Lebenshaltungszähler. Bloß leider, er ist falsch. Unnütz noch ein Wort darüber zu verlieren. Ist er doch nachgerade so falsch, daß auch die bürgerliche Presse von ihm abrückt, wie schon oft an dieser Stelle erörtert wurde. Es ist ja doch auch gar zu lächerlich, uns einreden zu wollen, daß heute, im Jahre des Heils 1929, der Lebensunterhalt nur um etwa 50 % teurer sei als 1913. Was wir kaufen, auf dem Wochenmarkt, im Kleiderladen, im Kaufhaus, beim Buchhändler oder wo es auch sei — wir sind froh, wenn es „nur“ doppelt so viel kostet wie vor dem Kriege. Das Zweieinhalb- bis Dreifache ist die Regel, das Vier- bis Fünffache keine Seltenheit. Es bleibt deshalb sicherlich noch weit hinter der Wahrheit zurück, wenn wir den richtigen Index für 1929 auf 200 veranschlagen anstatt der amtlichen 154. Tun wir das und nehmen wir weiter (ebenfalls viel zu mäßig) an, daß sich die 5 Jahre über die Verteuerung in dem amtlich angegebenen Tempo vollzogen habe, dann sieht die wirkliche Kaufkraft der Arbeitslöhne folgendermaßen aus:

Kaufkraft der Tariflöhne nach dem verbesserten Lebenshaltungszähler

	Index	Gelernte	Ungelernte
1913/14	100	35,35	23,50 <i>h die Woche</i>
1924	166	19,95	15,10
1925	182	23,20	17,20
1926	183	25,15	18,65
1927	192	24,75	18,85
1928	198	25,80	19,80
Jan./Juli 1929	200	26,50	20,50

Das Märchen, als seien die Löhne über den Vorkriegsstand gestiegen, ist hiermit zerstört. Sie stehen noch erheblich darunter. Und was die Lohnsteigerung seit 1924 anbelangt, so ist erstens zu bemerken, daß das Jahr 1924 selbst noch gar nicht mitrechnen kann. Denn durch die Inflation waren die Löhne fast auf den Nullpunkt herabgedrückt. Sobald der Schleier der Inflation fiel, war deshalb zunächst eine erhebliche Lohnsteigerung unvermeidbar. Von 1925 ab gerechnet, ermäßigt sich aber sogar die scheinbare Steigerung nun schon auf 14 bis 19 % und wird von Jahr zu Jahr kleiner; 14, 9, 5, 3 % u. s. w. Sodann aber wissen wir ja, daß der von uns angenommene Index 200 für das Jahr 1929 auch noch der Wahrheit nicht entspricht, auch noch viel zu klein ist. Sehen wir statt seiner, der Wahrheit näher kommend, 250 oder gar 300, so entpuppt sich, was durch die wunderbaren Zahlen der Statistik wie eine Lohnsteigerung aussah, in Wahrheit als eine Lohnminderung. *F. H. L. S.*

Die Reichskasse darf nicht angetastet werden

Die „Reform“ der Arbeitslosenunterstützung nimmt ihren Ausgangspunkt von einer Schätzung der Arbeitslosenanzahl in den kommenden Jahren: man rechnet mit 1,1 Millionen Arbeitslosen im Monatsdurchschnitt. Diese Zahl wurde jedoch nicht etwa durch Abwägung der Hände, die die Lage der Arbeitsmarktes in Zukunft beeinflussen können, errechnet. Man nahm einfach die Arbeitslosen der letzten drei Jahre: 1926 betrug im Monatsdurchschnitt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 1 083 000, 1927 belief sie sich auf rund 857 000, 1928 auf 880 000 im Monatsdurchschnitt. — daraus wurde dann eine Durchschnittszahl der Arbeitslosen von 1,1 Millionen für die Zukunft gebildet. Niemand kann Prophet sein, um die Gestaltung der Wirtschaftslage, von der die Lage des Arbeitsmarktes abhängig ist, mit Sicherheit vorherzusagen zu können.

Die Schätzung von 1,1 Millionen, die sowohl vom Sachverständigenausschuß wie vom Reichsarbeitsministerium zum Ausgangspunkt genommen wurde, ist zu hoch gegriffen. Nach Annahme des Young-Planes wird die Kapitalbeschaffung für die deutsche Wirtschaft voraussichtlich erleichtert werden; das amerikanische Kapital wird nach Beendigung der Aktienkaufe an der New Yorker Börse Deutschland voraussichtlich wieder zur Verfügung stehen, die deutsche Ausfuhr entwickelt sich günstig und kann einer wachsenden Zahl von Arbeitskräften Beschäftigung geben. Vielleicht wird sich auch der Geburtenausfall während der Kriegsjahre bereits halb auf dem Arbeitsmarkt auch über den Lehrlingsmangel hinaus fühlbar machen. Es wäre also durchaus angezeigt, eine Arbeitslosenanzahl von einer Million Personen im Monatsdurchschnitt als Ausgangspunkt zu wählen. Dann aber wäre die Frage mit einer Beitragserhöhung von 1/2 % gelöst, ohne daß ein Abbau der Leistungen erfolgen müßte. Was aber, wenn die Rechnung nicht stimmt? Wenn durch unvorhergesehene Ereignisse die Arbeitslosigkeit answillt? Die Antwort liegt auf der Hand: im Falle einer außerordentlichen Arbeitslosigkeit soll das Reich mit Darlehen einspringen, wie es in

diesem Winter, der mit der Wucht einer Naturkatastrophe aufgetreten ist, der Fall war. Doch erübt schon der Ruf aus allen Ecken: Die Reichskasse darf nicht angetastet werden! Was haben wir nicht?

Jeder Vernünftige wünscht es, daß die Staatsfinanzen gesund und geordnet bleiben. Indessen muß man sich dagegen bewahren, daß der Zusammenhang zwischen Reichsfinanzen und der Wirtschaft- und Sozialpolitik künstlich zerissen wird, und zwar gerade da, wo es sich um eine so wichtige staatliche Aufgabe handelt, wie bei der Arbeitslosenversicherung. Um das an einem sinnvollen Beispiel zu veranschaulichen: Die Landwirte befanden sich im Sommer in einer vorübergehenden — Krisenlage, da die Getreidepreise auf dem Weltmarkt einige Zeit hindurch stark gefallen waren. Sie forderten zu ihrem Schutz die Erhöhung der Agrarzölle und erhielten sie. (Nur darauf sind die Weltmarktpreise sehr erheblich gestiegen!) Die Zollserhöhung bedeutet für die Reichskasse Einnahmen, für die Verbraucher wegen Erhöhung der Getreidepreise eine schwere Belastung. Die vorübergehende Notlage der Landwirte verschaffte Einnahmen dem Reich aus der Tasche der Konsumenten, die überwiegend Arbeiter sind. Darf man nicht dieses Verhältnis umkehren, wenn die außergewöhnliche Notlage einmal die Arbeiter betrifft und die Reichskasse, statt ihr Einnahmen zu bringen, mit Ausgaben belastet? Gerade so wie bei der Erhöhung der Agrarzölle den großen Massen von Verbrauchern Preisopfer zugunsten der Landwirtschaft zugemutet wurden, können im Falle einer außerordentlichen Ausdehnung der Arbeitslosigkeit Steueropfer für die Arbeitslosen verlangt werden. Der merkwürdigen Logik aber, die Reichskasse darf für Arbeitslosenunterstützung unter keinen Umständen Geld hergeben, können wir nicht folgen, so oft und so laut man uns diesen Grundsatz auch einhämmern will.

Die Ergebnisse von Haag

Worin unterscheidet sich der Young-Plan vom Dawes-Plan?

Nach wochenlangen, oft recht unerquicklichen Verhandlungen sind die im Haag versammelten Regierungsvertreter zu einer Einigung gekommen. Anstelle des Dawes-Plans, der bisher die Reparationszahlung mit ihrem Damm und Damm regelte, tritt nun der Young-Plan. Dieser bringt zunächst eine Herabsetzung der jährlichen Zahlungen von 2500 auf 2050 Millionen Mark. In den ersten zehn Jahren ergibt sich gegen dem Dawes-Plan eine Ersparnis von durchschnittlich 740 Millionen Mark je Jahr. Über die weiteren Verbesserungen und Änderungen, die der Young-Plan bringt, gibt ein Aufsatz des sachkundigen Genossen Fritz Kaphthalis Auskunft, der nun (etwas gekürzt) folgt:

Das besetzte Gebiet wird zwischen September 1929 und Juni 1930 endgültig von den fremden Truppen befreit. In dieser Räumung der besetzten Gebiete, die 4 bis 5 Jahre vor dem im Versailler Vertrag festgesetzten Endtermin liegt, kommt das politische Ergebnis der Politik der Erfüllung und Verständigung, wie sie gegen mancherlei Widerstände von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften dauernd unterstützt worden ist, sichtbar zum Ausdruck. Mit dem Abzug der militärischen Besatzung sollen die zahlreichen Reibungen fort, die unermüdlich zwischen fremdem Militär und heimischer Bevölkerung entstehen mußten, und die das Streben nach Völkerverständigung, im besonderen das Streben nach enger deutsch-französischer Zusammenarbeit auch auf wirtschaftlichem Gebiete so sehr erschwert. Abgesehen von dieser politischen Bedeutung hat die frühere Räumung der besetzten Gebiete natürlich auch ihr wirtschaftliches Gewicht für diese Bezirke Deutschlands.

Es gilt nun kurz zu betrachten, welche Veränderungen am Young-Plan durch die Haager Verhandlungen vorgenommen worden sind und inwieweit dabei Opfer von deutscher Seite gebracht wurden. Die Änderungen, denen die deutsche Regierung im Haag zugestimmt hat, sind außerordentlich geringfügig. Es handelt sich im wesentlichen um vier Punkte:

Der Young-Plan hatte vorgesehen, daß die Zahlungen, die Deutschland in den Monaten April bis August dieses Jahres noch in der vollen Höhe des Dawes-Planes geleistet hat, vermendet werden sollten für den Dienst der Dawes-Anleihe, für die Schuldentilgung der Gläubigerländer, und daß die Vermendung der überschüssenden 300 Millionen Mark von den Regierungen geregelt werden sollte. Im allgemeinen hatte wohl auch der deutsche Leser des Young-Plans diese Vermendung so verstanden, daß die Gläubigerländer untereinander die Verteilung dieser Summe regeln würden. Aber die an den pariser Verhandlungen beteiligten deutschen Sachverständigen haben gesagt, daß nach ihrer Auffassung diese unbestimmte Formel über die

Aus dem Inhalt

	Seite
Sind die Arbeitslöhne im Steigen? — Die Reichskasse darf nicht angetastet werden — Die Ergebnisse von Haag	297
Der Buderusbericht	298
Wie prüfe ich meine Blitzableiteranlage? — Auf Irwegen	299
Was tun wir Mütter für den Frieden? — Schlaf, Kindlein, schlaf! — Kinderohren — „Frau Doktor hat auch gekauft“	300
Stahlwerk Terni — Arzneihunger — Ein Sacco- und Vanzetti-Roman	301
Der Installateurstreik in Köln erfolgreich beendet! — Die Ergebnisse der Verbandsstätigkeit	302
Der britische Gewerkschaftskongress	303
Die gemütlliche Revolution — Schiebungen und Bestechungen auf einem Stahlwerk	304

Der Buderusbericht

Eine Fundgrube negativer Unternehmerweisheit

Von Julius Fries

Regelung gerade gemählt wurde, um eine Beteiligung Deutschlands selbst an der Verteilung dieser Zahlungen zu ermöglichen. Wenn das beabsichtigt war, ist es jedenfalls wenig klar zum Ausdruck gebracht worden, und man muß schon sagen, daß, wenn man auf Grund der Säuger Verhandlungen Deutschland von diesen 300 Millionen Mark nichts erhält, das keinesfalls als eine zusätzliche Belastung gegenüber dem Young-Plan zu betrachten ist, sondern höchstens als der Verlust einer Chance, an die einige beteiligte Sachverständige glaubten.

Im Young-Plan war weiter ausdrücklich festgestellt, daß die Regelung der Besatzungskosten für die Zeit nach dem 1. September besonderer Vereinbarung vorbehalten bleiben sollte. Es heißt, daß man dabei daran dachte, die oben erwähnten 300 Millionen Mark aus den Zahlungen der letzten 5 Monate mit heranzuziehen. Das stand aber im Young-Plan nicht drin. Nun ist im Haag vereinbart worden, daß Deutschland noch einen letzten einmaligen Betrag von 30 Millionen Mark zur Finanzierung der Besatzungskosten beitragen soll, daß Deutschland auf die Erstattung von Besatzungsschäden verzichtet, während auf der andern Seite die Besatzungsmächte auf die Vorhülle verzichten, die sie für zurückliegende Besatzungskosten gemacht haben. Man hat berechnet, daß diese gegenseitige Aufgabe von Forderungen für Deutschland ein Opfer von 10 bis 20 Millionen Mark darstellen soll.

In Bezug auf die Regelung der Sachlieferungen sind zwei Änderungen zu unterzeichnen. Die eine liegt ausgesprochen im deutschen Interesse. Es wird nämlich im Gegenzug zu der im Young-Plan vorgenommenen Regelung daran festgehalten, daß die Wiederausfuhr von deutschen Sachlieferungen aus den Empfangsländern wie bisher verboten bleiben soll. Der Wert der Sachlieferungen für Deutschland besteht darin, daß sie eine Art geschützte Ausfuhr nach den Empfangsländern darstellen, und dieser Vorzug hätte sehr geschätzt werden können, wenn die Empfangsländer durch Wiederausfuhr dieser Waren etwa an anderen ausländischen Märkten mit deutschen Waren konkurrieren können.

Endlich ist als die am heftigsten umstrittene Änderung, die vorgenommen wurde, die Erhöhung des Anteils der deutschen Reparationszahlungen, der von allen Moratoriums oder Revisionsbestimmungen des Young-Planes ausgenommen ist, von 660 Millionen Mark auf 700 Millionen Mark für die Dauer der ersten 20 Jahre des Young-Planes zu nennen. Man hat gerade aus der Frage der Veränderung dieser Grenzziehung zwischen ungeschützten und moratoriumsgeschützten Teilen der Reparationslasten vielfach eine heiklungsrituelle Frage gemacht. In Wirklichkeit dürfte diese Veränderung der Grenzziehung um 40 Millionen Mark ganz belanglos sein. Denn die Möglichkeit Deutschlands, Zahlungen zu übermitteln, wird, auch wenn sie die Höhe der Gesamtleistungen nach dem Young-Plan nicht erreichen sollten, nach menschlichem Ermessen immer über der Höhe von 700 Millionen Mark liegen, und sollte innerhalb der nächsten 20 Jahre auf Grund der im Young-Plan vorgesehenen Möglichkeiten eine Revision der Gesamtlast eintreten, so ist doch keinesfalls anzunehmen, daß diese Revision gegenüber den durchschnittlichen 2 Milliarden Mark, die der Young-Plan festsetzt, so weit herabgehen würde, daß der Unterschied zwischen 660 und 700 Millionen Mark als nicht revidierbare Summe praktische Bedeutung gewinnen könnte.

Wir sehen also insgesamt, daß die Veränderungen, die im Haag am Young-Plan vorgenommen wurden, außerordentlich geringfügig sind. Daß die Belastungen des Young-Planes außerordentlich schwer sind, steht außer Zweifel, aber das entscheidende ist, im besonderen für die deutsche Arbeiterschaft, daß er gegenüber dem bisherigen Zustand einen großen Fortschritt bedeutet. Dieser Fortschritt erkliden wir vor allen Dingen darin, daß er nach oben eine Grenze der Belastung zieht, daß deshalb die Hemmung fortfällt, die bisher immer bestand, Fortschritte der Entwicklung der deutschen Wirtschaft darzulegen, weil man fürchtete, dadurch die Belastung zu steigern. Die Endsumme ist festgelegt, der Druck des Wohlfahrtsänderes ist gefallen, eine Fülle von fremden Kontrollen in der deutschen Wirtschaft wird verschwinden.

Denn aus allen diesen Gründen die Arbeiterschaft die Befreiung der besetzten Gebiete und die Annahme des Young-Planes als einen Erfolg vernünftiger Reparationspolitik anerkennen muß, so darf sie sich auf der andern Seite keinen Zusätzungen darüber hingeben, daß sie, die Arbeiterschaft, alle Kraft wird ausspannen müssen, um von der Entlastung, die der Young-Plan bietet, sich den Anteil zu sichern, der ihr gebührt. Dazu werden Kämpfe zu führen sein, die sowohl auf dem Gebiete der Politik, im besonderen auf dem Gebiete der Finanzpolitik, aber auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik liegen werden, an deren Fortschreiten und Ausban die Arbeiterschaft nicht rütteln lassen darf. Die Lastenteilung im Juncera wird aber niemals durch die Steuergesetze allein entschieden. Mehr oder minder sind Steuern der verschiedensten Formen auf die breiten Massen der Arbeiter und Angestellten abwälzbar, wenn nicht die Arbeiter gewerkschaftlich stark genug sind, um ihre Position im Lohnkampf zu sichern und zu verbessern.

Die Lage der deutschen Wirtschaft

Die Lage der deutschen Wirtschaft wird bezeichnend durch die folgenden charakteristischen Erscheinungen des Jahresrückblickes. Es stellt der Wirtschaftswissenschaftler in der nächsten Zukunft keine allzu günstige Prognose, wie aus nachfolgender obersinniger Übersicht für den Anfang August hervorgeht:

Der Geld- und Kapitalmarkt hatte sich während der Frühjahrsmonate fast verheert. Zugewinne sind die Höhe am Geldmarkt leicht gesunken. Die Kreditbank hat ihre Kreditlinien wieder anspannen können. Eine nachhaltige Geldentwertung ist aber nicht eingetreten. Der Kapitalmarkt bleibt unregelmäßig, die Effektenmärkte gehen weiter zurück. Obwohl im Zusammenhang damit der Zulandebereich gesunken ist, haben sich Produktion und Beschäftigungsgang auf ziemlich hoher Stufe. In wichtiger Produktionsmittelindustrie zeigt sich ein Zustand des Stillstandes und wohl auch in der nächsten Zeit einen gewissen Nachlass. Die Wirtschaft ist in der gegenwärtigen Situation, die in der Zukunft kein besseres Dasein mit sich bringt, dem Verfall übergeben; diese Situation ist jedoch, wenn übermäßige Lageraufbauten nicht noch vorhanden sind, die die deutsche Volkswirtschaftliche Produktion für eine gewisse Zeit abzurufen kann. Die Lage des Kapitalmarktes scheint nicht, ist es gegenüber der Lage der Produktion, die in der Zukunft kein besseres Dasein mit sich bringt, dem Verfall übergeben; diese Situation ist jedoch, wenn übermäßige Lageraufbauten nicht noch vorhanden sind, die die deutsche Volkswirtschaftliche Produktion für eine gewisse Zeit abzurufen kann.

Eine günstige Belebung der Wirtschaft beruht auf diese halbschwache Lage trotz der Young-Planung nicht in Aussicht zu stellen. Im Gegensatz dazu glaubt im Dezember Monat an die Möglichkeit, daß die zu erwartende, ganz allgemein herrschende, belebende Wirkung im Herbst den Anstoß für eine allgemeine Konjunkturbellebung bilden könnte. Auch sonst steht man durchaus nicht

Selten findet man in einem Jahresbericht eine solche Fülle Lohn- und sozialpolitischer Randbemerkungen wie in dem der Buderus'schen Eisenwerke in Wehlar. Oft widerlegt, dabei in sich widersprüchlich, muten diese nicht einmal auf eigenem Hausen gewachsenen Weisheiten bei Buderus um so merkwürdiger an, als der Umsatz im letzten Jahre von 72 auf 77,6 Millionen Mark gesteigert werden konnte, der anderthalbfache Betrag der Dividende für Abschreibungen verwendet wird und schließlich die Summe, die in neue Rechnung vorgetragen wird, ausreicht, um gleich noch einmal dieselbe Dividende auszugeben. Der Bericht beginnt nach einem Hinweis auf den Mehrbetrag der Hauptlunskosten, Steuern, Abgaben und Zinsen mit der bezeichnenden Bemerkung: „Die Erhöhung der Löhne und Gehälter im Berichtsjahre brachte uns ohne Mehrleistung eine Mehrausgabe von 700 000 M.“

Ohne Mehrleistung? Die Gesamtumsatzzahl nannten wir bereits, wobei auch bemerkt sei, daß der Absatz an fremde Abnehmer sich von 41,6 auf 45,1 Millionen Mark, also um fast 10 vH steigerte, während der Absatz an die Tochtergesellschaften von 30,4 auf 32,5 Millionen Mark stieg. Die Gesamtbelegschaft der Stammwerke aber betrug im Durchschnitt des Jahres 6436 gegen 6389 im Vorjahre, ist also noch nicht einmal um 1 vH gewachsen. Am Jahresabschluss waren in den Stammwerken genau 6571 Arbeiter und Angestellte tätig, daneben beschäftigten die Tochtergesellschaften und Konzernwerke am Jahresabschluss zusammen 2766 Arbeiter und Angestellte. Daß, um nur sichtbare Zahlen zu nennen, die Eisensteinförderung von 118 000 auf 129 000 Tonnen, also ebenfalls um 10 vH stieg, der Rohgewinn von 4 auf 4,64 Millionen Mark anwuchs, ist ebenso wie die Umsatzsteigerung nach Meinung der Verwaltung einzig und allein auf die — Tüchtigkeit der leitenden Herren zurückzuführen. Für soziale Zwecke mußten angeblich 266 000 M. mehr aufgewendet werden, die Tarifserhöhung der Reichsbahn im Oktober 1923 brachte einen nicht abzuschätzenden Mehraufwand von rund 150 000 M., und diese Zahlen veranschaulichen neben der Mehrausgabe für Löhne und Gehälter nach Meinung der Verwaltung „den Druck, unter dem die deutsche Wirtschaft der Gegenwart steht, die Schwere der Weltwirtschaft mit dem Ausland und wie das Weltkapital in Deutschland durchschnittlich eine ungenügende Rente erzielt“.

Der Verfasser des Jahresberichts hebt deshalb warnend den Zeigefinger nach und erklärt:

„Der Weg zum Staatssozialismus und Staatsrentnerium darf das deutsche Volk nicht weitergehen. Das russische Beispiel lehrt, daß die Lage des arbeitenden Volkes nach Erreichung dieses Zieles sich nicht verbessert und daß die Wirtschaft eines Volkes ohne Kapitalismus verfallt. Naturgemäß muß das Interesse für die Aktie als Anlagepapier mehr und mehr abnehmen.“

Ogottegot! Diese Weisheit macht einen sprachlos. Das Verlangen, Geld in Aktien anzulegen, soll also abnehmen! Ja, haben denn die Buderus-Aktien 1923 nicht einen Kurs von 107 vH erreicht? Das bedeutet doch mehr als den dreifachen Höchstkurs des Jahres 1921! Daß selbst Betriebe mit alles in allem noch einmal 10 000 Beschäftigten dazu übergehen, solche Salbadereien, wie wir sie besonders aus den Großhandelsberichten kennen, in ihren Jahresberichten zum hundertsten Male zu bezapfen, ist ebenso anmaßend wie unvernünftig, zeigt aber andererseits den großen Einfluß des auch hinter diesem Wert stehenden Bankkapitals.

Im übrigen ist hier eine Zurückweisung der gebantenlos nachgeplapperten Phrasen vom Staatsrentnerium usw. besonders leicht, weil wenige Zeilen weiter ein Rückgang der Bau-tätigkeit der „öffentlichen Hand“ beklagt, dann aber begrüßt wird, daß das Reichsverkehrsministerium neuerdings der Frage der Lohnkalkulation ein größeres Interesse entgegenbringt. Weiter wird frohlockend verkündet, daß die während des ganzen Jahres geführten Verhandlungen mit den maßgebenden Regierungsstellen um Fortgewährung der Staats-schiffe zu dem Erfolge geführt haben, daß vom 1. April 1929 an Reich und Staat wieder einen Zuschuß in Höhe von 50 M je Tonne gewähren wollen. Daneben sind Ermäßigungen der Erzfachten gewährt und Ermäßigungen auf transportfähigen Gebiet vorgezogen. Das Ansinnen der gesamten staatlichen Einrichtungen für die Gruben werde sich schätzungsweise auf 70 bis 75 M je Tonne Eisenerz belaufen, nach den eigenen Worten des Jahresberichts. Aber Steuern zahlen, dem Staate geben, was des Staates ist, sich dreinreden lassen, unerhörte Zustimmung!

Man denke, der Spitzenlohn in der Metallindustrie für den Jahrarbeiter wurde von 70 auf 76 M mit Gültigkeit bis zum 31. Mai 1929 festgelegt und dieser Höchstlohn mußte sogar bereits mit 24 Jahren statt wie bisher mit 25 Jahren gezahlt werden. Ohne Kenntnis von Zahlen wird die Behauptung aufgestellt, daß der Gesamtbeschäftigtenbestand der männlichen Belegschaft der Schmelzhütten gegenüber 1913 eine Steigerung um

rund 100 vH erfahren habe. Bei 48- bis 52-jähriger Arbeitswoche stellt sich heute das durchschnittliche Monatsseinkommen eines in Afford beschäftigten Formers auf 270 M, eines in Stundenlohn beschäftigten hochgeschulten Facharbeiters auf 225 M und eines ungelerten Arbeiters in Afford oder mit Zulage auf 200 M. Dahinter steht die stumme Frage: Was wollen die Leute eigentlich mehr? Wir kommen jedenfalls bei einem Spitzenlohn von 76 M für den Facharbeiter selbst bei 230 monatlichen Arbeitsstunden erst auf rund 175 M, nicht aber auf 225 M, und sind, selbst wenn die von der Verwaltung angegebenen Zahlen stimmen sollten, sehr wohl zu der Meinung berechtigt, daß für die Arbeiterschaft noch vieles zu wünschen übrig bleibt.

Was Geistes die Verwaltung ist, sehen wir daraus, daß am Schlusse des Berichts noch mal als ein ausführlicher Hinweis folgt, welche Summen für soziale Zwecke ausgegeben wurden. Wir hören da, daß zu Lasten der Gesellschaft an Beiträgen zur Sozialversicherung 1 124 240 M, an sonstigen Leistungen 194 365 M, zu Lasten der Werksangehörigen an Beiträgen zur Sozialversicherung 1 284 060 M, an sonstigen Leistungen 37 367 M ausgegeben wurden. Ein Hinweis auf die angeblich vierfache Steigerung gegenüber 1913 darf natürlich nicht fehlen.

Sehen wir uns jetzt die Entwicklung der Gesellschaft seit der Vorkriegszeit an. 1913 arbeitete Buderus mit einem Kapital von 22 Millionen Mark, seit der Umstellung auf Goldmark mit 26 Millionen Mark Stammaktien und 300 000 M. Vorzugsaktien. 1913 hat die gesetzliche Rücklage erst 4 vH des Aktienkapitals betragen. In der jetzt veröffentlichten Bilanz für 1928 beträgt die gesetzliche Rücklage 10 vH, nämlich 2 630 000 M. Dieser Betrag war seit der ersten Goldmarkbilanz immer als sogenannte Umstellungsreserve in der Bilanz erschienen, jetzt hat man den Namen geändert, ohne damit aber auszudrücken, daß die Umstellung bereits ganz beendet ist. Im letzten Jahre wurden besonders die Anlagen der Main-Wefer-Hütte in Kollar, wo Radiatoren, Heizkessel usw. gebaut werden, ebenso die Anlagen der Karlsbütte in Staffel bei Limburg a. Lahn, wo Abflusprohre, Kanalguß und Maschinenguß hergestellt wird, erweitert. Beim Westdeutschen Eisenwerk in Krab bei Essen, wo Druckrohre, Maschinenguß usw. hergestellt werden, ist eine neue Fabrik für gußeiserne, porzellanemailierte Badewannen und sonstige Sanitärwaren erstellt worden. Bei der Sophienhütte in Wehlar soll noch ein neuer Hochofen und eine Gasreinigungsanlage gebaut werden, sonst ist zunächst wohl nur noch an Hoch-ofenumbauten gedacht.

Neben den angeführten Werken besitzt Buderus noch Rot- und Brauneisensteingruben, Kalksteinbrüche, ein Zementwerk in Wehlar mit einer Leistungsfähigkeit von 170 000 Faß im Jahre und eigene Elektrizitätswerke in Wehlar und Kollar, die nicht nur für den Eigenbedarf, sondern auch für ein gutes hundert Randgemeinden Strom liefern. In der Liste der Beteiligungen ist in erster Linie die Stahlwerke Köchling-Buderus AG. in Wehlar zu erwähnen, die 1600 Werksangehörige beschäftigt und zur anderen Hälfte dem Köchling-Konzern gehört. Von dem übrigen Duzend der Liste seien die Eisenwerke Hirsenhain Hugo Buderus in Hirsenhain mit 900 Beschäftigten, die Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. G. Breuer & Co. AG. in Höchst am Main und die Gewerkschaft Siebenplaneten erwähnt. In die letztgenannte wurde die Steinlohn-zehne Wassen mit 232 Koksöfen, Bricket- und Benzolfabrik usw. eingebracht. Heute gehören hier von 51 vH der Buderus AG. und 49 vH der Harpener Bergbau AG. Der Verkaufspreis hat 3,5 Millionen Mark betragen. Heute stehen die Beteiligungen alles in allem nur mit 2 263 000 M zu Buch.

Das Verhältnis zwischen Schuldnern und Gläubigern ist ungewöhnlich günstig, denn den 19,3 Millionen Mark Außenständen stehen 10,2 Millionen Mark Schulden gegenüber. Die Vorkriegsanleihen von zusammen rund 13 Millionen Mark sind bis auf einen Aufwertungsrest von 1,1 Millionen Mark ver-schwinden. Der Grundbesitz hat sich im letzten Jahre, insbesondere durch Zuzug eines Lagergrundstückes in Leipzig von 3 900 000 auf 4 660 000 qm erweitert. Der Betriebsüber-schlag hat einschließlich des Vortrages aus dem letzten Jahre 5 675 000 M (gegen 4 961 000 M im Vorjahre) betragen. Nach Abzug einer willkürlichen Zahl von 2,17 Millionen Mark für Handlungsunkosten und 1 413 000 M für Abschreibungen bleibt ein Reingewinn von 2 089 000 M übrig (gegen 1 972 000 M im Jahre 1927). Hier von werden der gesetzlichen Rücklage weitere 225 000 M zugeführt, für Dividende auf Stamm- und Vorzugsaktien sind wie im Vorjahre zusammen 942 005,48 M erforderlich, wobei zu bemerken ist, daß von den 26 Millionen Mark Stammaktien rund 7 Millionen Mark als Vorratsaktien noch nicht dividendenberechtigt sind. Auf neue Rechnung werden 922 000 M vorgetragen, so daß eine Dividende von wieder 5 vH für das nächste Jahr schon bereitgestellt ist.

so frohe, wie es in der obigen Auslassung des Instituts für Kon-junkturforschung zum Ausdruck kommt.

Aber den Arbeitsmarkt und seine Entwicklung sagt das Institut: „Die Steigerung der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahre erweist in einem anderen Lichte, wenn man bedenkt, daß sich im normalen Produktionsprozess der Wirtschaft die Erwerbstätigenzahl im Laufe eines Jahres erhöht. Berücksichtigt man die Zunahme in der Zahl der Erwerbstätigen, so kann man den Sach wagen, daß die Wirtschaft seit Jahresfrist zwar nicht den vollen Zuwachs an Erwerbstätigen hat aufzuweisen können, ihren Bedarf an Arbeitskräften jedoch gedeckt hat.“ Wenn also eine Wirtschaft neu hinzukommende Arbeitskräfte aufzunehmen vermag und dabei im Zeitraum von 4 Monaten die Erwerbstätigenmenge um 1 1/2 Millionen vermindert, dann zeigt sie sich zweifellos in einer gesunden Ver-jüngung.

Wie sie mit den Arbeitern umspringen

Der Zeitschrift Der Konfessionär (vom 25. Mai 1929) schreibt ein Protestantismus auf einen Ausfall über die sozialen Zustände von dem Lande:

„Ich kenne persönlich einige jugendverratene Randarbeiter-familien, wo der Mann keine Arbeit bekommt, da die drei bis vier kleinen Kinder an dem Haus sesseln und der Frau- und Kinder- und unter der Bedingung bedürftige Männer anstellt, falls die Frau mit auf dem Felde arbeitet. Ein besonders trauriger Fall ereignete sich vor einigen Jahren: Mann und Frau arbeiteten schon seit Jahren bei großem Gutsbesitzer und hatten drei er-wachsene Töchter im Alter von 17 bis 22 Jahren. Im Oktober,

zur Zeit der einsetzenden Kälteernte, fragt der Gutsbesitzer: „Wo bleiben Ihre Töchter?“ — „Sie sind in Stellung in der Stadt,“ wird ihm zur Antwort. „Da können Sie mit Ihrer Frau auch hingehen,“ und das Ehepaar wurde sofort entlassen. Dem Mann gelang es, in hiesiger Buderusfabrik Arbeit zu finden. Nach längerer Zeit sieht der Gutsbesitzer, Aktionär der Buderusfabrik, den betreffenden Mann daselbst bei der Arbeit. Die Folge war Entlassung. Es sind mittelalterliche Zustände, wo der Nichtbesitzer in Acht und Bann getan wurde.“

Wer gehört ins Irrenhaus?

Die Arbeiter in einer Fabrik in St. Louis (Bereinigte Staaten) forderten vor kurzem eine Lohnserhöhung. Der Vertreter der Unter-nehmer belämpfte die Forderung mit dem Argument, es sei nicht möglich, daß 37 vH der Arbeiter ein eigenes Auto hätten, die Löhne sollten eher abgebaut werden. Dazu schrieb, wie der Deutsche Volk-angehörige (Nr. 14/15) berichtet, ein gut bürgerliches Blatt, die „Daily News“ in Philadelphia, folgendes:

„Ein Mensch, der sich solchen Argumentes bedient, gehört ins Irrenhaus! Einem Unternehmen, das eine solche Lohn-politik verfolgt, sollte die Produktionsbewilligung entzogen werden, da es der Öffentlichkeit Schaden zufügt und eine direkte Ver-zerrung der Allgemeinheit darstellt. Wenn die Löhne der Arbeiter herabgesetzt werden, daß sie sich keine Automobile leisten können, dann wird die Automobilindustrie ruiniert sein.“

Wie viele Unternehmervetreter in Deutschland müßten wohl nach Ansicht der „Daily News“ ins Irrenhaus gebracht werden?



Technik und Werkstatt



Wie prüfe ich meine Blitzableiteranlage?

Von Ing. H. Dewald

Eine Blitzableiteranlage ist ein guter Schutz gegen elektrische atmosphärische Entladungen; aber nur dann, wenn die Anlage auch wirklich in Ordnung ist. Bei irgendwelchen Fehlern in der Ableitung können ganz bedeutende Schäden hervorgerufen werden.

Um nun eine Kontrolle zu haben, ob die Anlage bei einem Gewitter in Tätigkeit getreten ist, benutzt man besonders konstruierte Blitzanzeiger. Diese sind nach dem Prinzip eines Galvanoskopes aufgebaut, sie werden in Nähe der Anlage an leicht zugänglichen Stellen angebracht. Bei einem derartigen Apparat sitzt in einem wetterfesten Gehäuse eine Magnetnadel, die eine bestimmte Stellung einnimmt, diese Stellung läßt sich durch einen verschiebbaren Ring auf der Glasscheibe fixieren (Abb. 1). Bei dem durch die Ableitung gehenden Blitz wird die Magnetnadel ummagnetisiert, das heißt der Magnetismus wird umgekehrt; aus der nun verstellten Lage der Nadel läßt sich erkennen, daß die Blitzableiteranlage in Tätigkeit getreten ist. Zugleich wird bei Anbringung eines derartigen Apparates eine Kontroll-einrichtung geschaffen. Wenn die Verstellung der Nadel bemerkt wird, ist automatisch eine Prüfung der Blitzableiteranlage vorzunehmen; dabei ist nur festzustellen, ob durch den Blitzschlag an irgendeiner Stelle die Ableitung zerstört ist. — Außer dieser Kontrolle ist ferner

Aufbau der Montageplatte mit den erforderlichen Klemmen zeigt die Abb. 3. Bei einem derartigen Apparat wird statt des Batteriestromes ein Induktionsstrom verwendet, den der Apparat selbst erzeugt. Dem Gerät ist ein Summer sowie die Batterie zugeordnet, letztere besteht aus zwei Trockenelementen. Ein zu messender Draht ist dabei an die Klemmen K und K1 zu legen, an die Klemmen F und F1 wird der Fernhörer angeschaltet. Sodann wird der Schalterhebel W auf den Vergleichswiderstand I gestellt, wird nun das Telefon an das Ohr genommen und zugleich der Schalterhebel S auf die Klemme T gestellt, so fängt die Feder des Unterbrechers U an zu schwingen und erzeugt dabei ein summendes Geräusch im Fernhörer. Der drehbare Brückenarm W ist dann solange zu verschieben, bis das Geräusch im Fernhörer verschwindet oder nur ganz schwach vernehmbar ist.



Abbildung 1

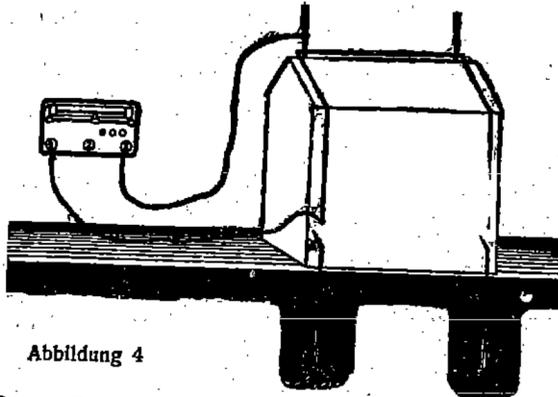


Abbildung 4

Ist dieser Punkt erreicht, so ist der Hebel S in die Ruhelage zu bringen, also auf die Klemme R zu stellen. Sodann ist im Fenster des Brückenarmes die Stelle abzulesen, die durch den Draht D angezeigt wird. Steht zum Beispiel der Ablesedraht auf 2,2, so ist der Widerstand des gemessenen Drahtes 2,2 Ohm groß.

Da bei der Prüfung der Blitzableiteranlage immer noch Hilfsdrähte verwendet werden, wie es zum Beispiel die Abb. 4 zeigt, so ist es empfehlenswert, erst den Hilfsdraht zu messen; damit das Resultat bekannt wird, zieht man vom vorher ermittelten Widerstand den Widerstand des Hilfsdrahtes ab. Um ein genaues Meßresultat des Hilfsdrahtes zu erhalten, muß dieser auf der Erde lang ausgelegt werden und darf nicht aufgerollt sein. Die Messung der oberirdischen Leitung kann man erst ermitteln, wenn die Erdleitung abgetrennt ist. Zum Zwecke der Messung wird eine der äußersten Stellen mit einer der aufgetrennten Stellen verbunden. Bedingung dabei ist, daß vorerst die Anschlußstellen sauber gemacht sind. Der Widerstand einer Gebäudeableitung bei Blitzableiteranlagen muß möglichst klein sein, allgemein darf er 1 Ohm nicht überschreiten.

Messungen des Erd- oder Ausbreitungswiderstandes sind nach der Abb. 5 vorzunehmen. Die Messung erfolgt auf die gleiche Art wie die der oberirdischen Leitung. Als Norm ist

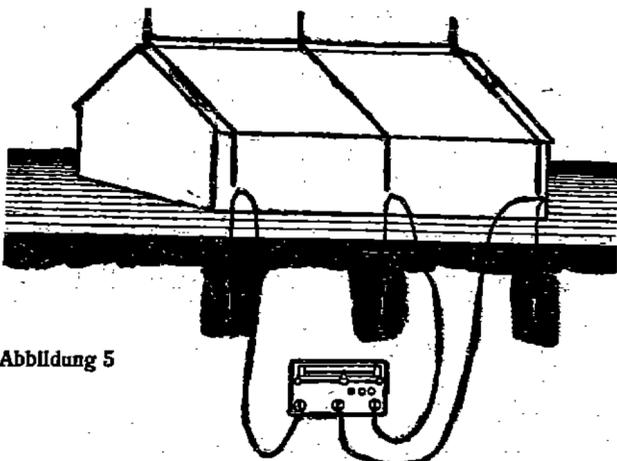


Abbildung 5

für den Widerstand folgendes zu betrachten: Bei Grundwassertiefen bis zu 10 m darf der Widerstand der Erdleitung nicht mehr als 10 Ohm betragen, bei größeren Grundwassertiefen darf der Widerstand entsprechend steigen, bei 40 m zum Beispiel auf 40 Ohm. Sind mehrere Erdplatten vorhanden, so muß sich der durchschnittliche Widerstand dieser Platten in den angegebenen Grenzen halten.

Hat die Anlage nur eine Erdplatte, so verwendet man die Wasserleitung als Hilfsleitung, der Widerstand der Wasserleitung gegen Erde ist äußerst günstig, er ist fast Null. Auch hierbei sind die Anschlußstellen vorher metallisch rein zu machen. Ist keine Wasserleitung vorhanden, so muß eine Hilfsleitung angefertigt werden, dazu verwendet man zum Beispiel einen Metallpflock, der möglichst tief in die Erde gesteckt und an dem an einer sauber gemachten Stelle ein Draht befestigt wird. Um diesen Erdpflock muß Wasser gegossen werden, so daß die künstliche Erdleitung sozusagen Grundwasser darstellt. Der Widerstand mit der Erdleitung muß dem einer Wasserleitung gleich kommen. Bei dem Vorhandensein mehrerer Erdleitungen erübrigt sich eine Hilfserde, da hier immer eine der vorhandenen Erdleitungen als Hilfsleitung benutzt werden kann.

Ist zum Beispiel die Erdleitung (Abb. 5) gemessen worden, die folgende Werte ergab: W 1 = 10, W 2 = 5, W 3

= 20 Ohm, so ist der gesamte Ausbreitungswiderstand, der sich nach der Formel

$$W = \frac{1}{\frac{1}{W_1} + \frac{1}{W_2} + \frac{1}{W_3}}$$

errechnet, folgendermaßen zu ermitteln:

$$W = \frac{1}{\frac{1}{10} + \frac{1}{5} + \frac{1}{20}} = 2,857 = 2,86 \text{ Ohm.}$$

Bei der Verlegung von Erdleitungen ist noch folgendes zu beachten: Allgemein verwendet man Erdleitungen, die aus Eisen oder Kupfer hergestellt sind. Um elektrolytische Wirkungen im feuchten Erdreich zu vermeiden, müssen die Zuleitungen und Erdplatten aus dem gleichen Material verwendet werden. Wird eine bestehende Blitzableiteranlage nach den vorher beschriebenen Arten durchgeprüft, so ist sie ständig in Ordnung und der im Hause Wohnende kann ohne Angst und Sorge das schwerste Gewitter über sich ergehen lassen.

Auf Irrwegen

Es ist jedem Lehrer wohlbekannt, daß nichts besser im Gedächtnis der Schüler haftet, als Fehler und falsche Antworten; er hütet sich daher sehr davor, sie etwa durch tadelnde oder ironische Wiederholung noch fester einzuprägen. Hier handelt es sich aber nicht um Kindertorheit, sondern um eine ganz allgemeine menschliche Schwäche. Selbst langjährige Freunde der Naturwissenschaften, die doch den Menschen allmählich zur Beobachtung und Kritik erziehen sollten, sind nicht frei davon und lassen sich oft von offensichtlichen Irrwegen nicht ablenken.

Wer hatte schon einmal Gelegenheit, den Himmel durch einen Fabrikschornstein zu beobachten? Sicherlich keiner von denen, die da glauben, daß man auch bei Tage die Sterne sieht! Die meisten haben es irgendwo „gehört“; einige, kritischer veranlagte, fragen danach an maßgebender Stelle; und da solche Anfragen auch häufig zu uns gelangen, halten wir es für gut, einmal ganz allgemein mitzuteilen, daß ein Schornstein, ein tiefer Brunnen usw. keinen Stern sichtbar macht. Wenn es doch der Fall wäre, müßten da nicht auch die Astronomen ihre Sternbeobachtungen durch ihre großen Fernrohre am hellen Tage machen können? Was sollte überhaupt der Grund für eine so merkwürdige Erscheinung sein? Etwa der, daß man beim Blick durch den Schornstein die Sonne nicht sieht? Das hindert doch nicht daran, daß sie auch den Himmelsausschnitt beleuchtet, den der Schornstein-ausblick erfäßt. Die ganze Lufthülle der Erde, die sich überhaupt im Bereiche der Sonnenstrahlen befindet, ist erleuchtet und wirft das Licht nach allen Seiten zurück. Das tut sie natürlich auch über dem Schornstein.

Oder etwas anderes; ein Irrtum, der nach jedem großen Schiffsuntergang rundum geht: Man meint, kein Schiff könne bis auf den Boden des Weltmeeres sinken, weil das Wasser wegen des ungeheuren Drucks größer würde als das des Schiffes. Nehmen wir an, das Schiff wäre aus Eisen. Dann hat es das spezifische Gewicht 7. Wasser ist siebenmal so leicht; sein spezifisches Gewicht ist gleich 1. In tausend Metern Tiefe steht es unter einem Druck von hundert Atmosphären (oder 100 kg auf den Quadrat-zentimeter), denn eine Wassersäule von zehn Metern entspricht dem Druck von einer Atmosphäre. Nun vermag ein Druck von einer Atmosphäre das Wasser nur um fünfzig Millionstel (!) seines Rauminhalts zusammenzudrücken. Bei 100 Atmosphären hat man demnach ein Zusammendrücken von 50 Zehntausendstel oder 0,005. Ein Liter Wasser schrumpft deshalb um 1000 ccm nur auf 995 ccm zusammen und das spezifische Gewicht steigt von 1 auf etwa 1,005. Bei 10000 m Tiefe würde das spezifische Gewicht auf 1,05 steigen. Das sind also im Höchstfalle 5 vom Hundert, und diese Zunahme der Wasserdichte ist natürlich ohne jeden Einfluß auf das Schiff. Im Gegenteil, der gewaltige Druck von tausend Atmosphären, der in dieser Tiefe herrscht, wird alle abgeschlossenen Hohlteile des Schiffes zusammendrücken, also seinen Rauminhalt verkleinern, so daß dadurch das Absinken nur beschleunigt wird. — Dr. S. —

Die Verwendung von Diamanten bei der Metallbearbeitung

Wie bekannt, ist der Diamant die kristallisierte Form des Kohlenstoffs und der härteste Körper, den es überhaupt gibt. Der Diamant wird in der Natur als Einkristall gefunden, kommt jedoch auch als Häufchen dünner Kristalle vor und findet in dieser Form bis zu einem gewissen Grade industrielle Verwendung. Man nennt diese Kristalle „schwarze Diamanten“, auch „Carbados“, und fälschlicherweise oft „Bort“. Bort ist nämlich der eigentliche Name für mißfarbige und fehlerhafte Einkristall-Diamanten, die als Schmuck ungeeignet sind, und diese Gattung Diamanten benutzt man bei der Metallbearbeitung.

Die erste industrielle Verwendung fand der Diamant beim Schleifen von Edelsteinen, später zeigte er sich in der Glasindustrie unersetzlich beim Schneiden und Bohren von Glas, Porzellan und anderen harten Werkstoffen, sowie zur Herstellung von Ziehösen für feine, genau gleichmäßig starke Drähte; man benutzt ihn heute ferner zum Eingraben sehr feiner Teilstriche, und schließlich findet der Diamant jetzt auch noch Verwendung zum Abreiben und Bohren von Metallen. Zu letzterem Zweck ist eine scharfe Auswahl unter den Bortdiamanten und ein sehr sorgfältiges Einfassen in einen Halter unerlässlich. Dem Diamanten kann durch Schleifen mittels Diamantstaubes jede für ein bestimmtes Arbeitsgebiet erforderliche Form gegeben werden; sie halten jegliche Temperatur aus und schneiden härteste Bronze und andere Werkstoffe, zum Beispiel Schmirlscheiben, die vom Schneidstahl nicht mehr angegriffen werden, wobei große Schnittgeschwindigkeiten zulässig sind.

Ist der Diamant richtig gefaßt, so sind glänzende Ergebnisse zu erzielen: beim Drehen und Bohren lassen sich Genauigkeiten bis ein zweitausendstel Millimeter und wunderbar spiegelnde Flächen erzielen. Die Bearbeitungskosten fallen bei Verwendung von Diamantwerkzeugen geringer aus, da es möglich ist, viele Tausende von Werkstücken zu bearbeiten, ohne daß, wie beim Drehstahl, ein häufiges Nachschleifen und Wiedereinspannen erforderlich wird. Dazu kommt dann noch die erzielbare größere Arbeitsgenauigkeit und der Wegfall der Kosten für das Polieren des Arbeitsstückes.

Durchsichtiges Mattglas

Mattglas ist undurchsichtig, doch kann man es leicht vorübergehend durchsichtig machen, wenn man zum Beispiel durch eine Mattgläsernscheibe hindurchschauen oder wenn man den Glühfaden einer matten elektrischen Lampe beobachten will. Man braucht dazu einen Stoff, der das Licht genau so bricht wie das Glas selber. Das ist Zedernholzöl. Damit bestreicht man das Glas. Bei ebenen Scheiben erreicht man volle Durchsichtigkeit noch besser dadurch, daß man auf die eingedölte Stelle noch eine alte photographische Platte oder sonst ein Stück Glas legt. — Us. —

noch alljährlich, am besten im Frühjahr oder bei milder Übergangswitterung, eine eingehende Untersuchung der Gesamtanlage durchzuführen. Ist die Anlage neu, so genügt die Revision mittels einer Telephonmeßbrücke nebst eingehender Besichtigung vollkommen. Bei älteren Anlagen muß außerdem noch der Ausbreitungswiderstand der Erdleitung festgestellt werden. Die Erdleitung selbst ist bei Eisenerdplatten alle drei Jahre freizulegen und vom Rost und anderen Fehlern zu befreien. Bei Erdleitungen aus Kupfer wird eine eingehende Untersuchung der Erdplatte nur alle fünf Jahre erforderlich.

Die Prüfung einer vollständigen Anlage zerfällt also in drei Untersuchungsstadien, nämlich die vollständige und aus-

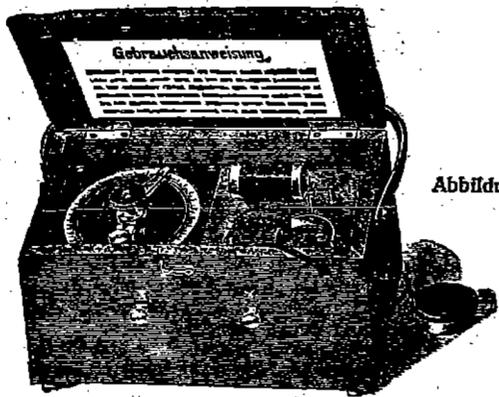


Abbildung 2

führliche Besichtigung der oberirdischen Leitung, die Messung der oberirdischen Leitung und die Messung des Ausbreitungswiderstandes der Erdleitung.

Bei der mechanischen Untersuchung der oberirdischen Leitung sind alle Lötstellen zu prüfen, ferner ist zu kontrollieren, ob tatsächlich auch noch alle Teile mit den Blitzableiterseiten in Verbindung stehen. Da man nicht alle Stellen mechanisch untersuchen kann, so ist es empfehlenswert, hierbei ein lichtstarkes Fernrohr zu Hilfe zu nehmen. Schlechte und unvorschriftsmäßige Stellen der Anlage sind hierbei auszuwechseln und durch neues Material zu ersetzen.

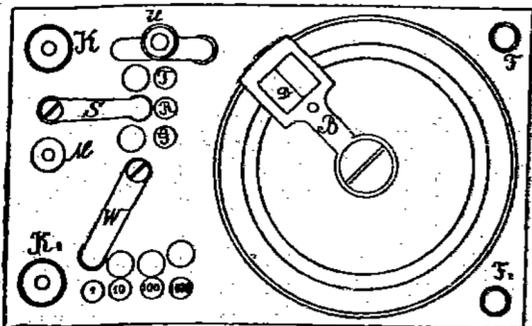


Abbildung 3

Ratsam ist es ferner, jede einzelne Verbindung genau zu untersuchen, denn nach erfolgter Revision trägt die Verantwortung für die einwandfreie Funktion der Anlage der Revidierende.

Wie bereits erwähnt, kommt für die Messung der Anlage eine Telephonmeßbrücke zur Verwendung (Abb. 2). Den



Familie und Heim



Was tun wir Mütter für den Frieden?

Siehe Gertrud!

Du erinnerst in Deinem Briefe an längst vergangene Zeiten, an Zeiten, an die wir heute nur mit Schauern zurückdenken. Ach, möchten wir und unsere Kinder verschont bleiben von der Wiederholung eines solchen Massenmordes, den uns der Krieg hat erleben lassen.

Du meinst, wir Frauen müßten uns viel bewußter, viel fester einsetzen für die Erhaltung des Friedens. Da hast du recht. Aber wie?

Du bist für Vorträge in den Vereinen und Versammlungen, für Vorlesungen aus dem jetzt erschienenen Buch: „Im Westen nichts Neues.“ Mit Deinen Vorschlägen wirst Du gewiß viel erreichen. Du bist ein Mensch, der im öffentlichen Leben steht, der sich ganz mit diesen Fragen befaßt; du kannst Vorträge halten, Versammlungen veranstalten und auf Deine Weise viel wirken.

Daneben gibt es viele Frauen und Mütter, die anders veranlagt sind, die mehr in der Stille leben für ihre Familie, für das tägliche Brot arbeiten und oft nicht mehr die Spannkraft für Vorträge und Versammlungen aufbringen können. Diese Frauen und Mütter sollte man hin und wieder persönlich aufsuchen und ihnen Wege zeigen, wie sie auch in ihrem Kreis, in ihrer Arbeit für die große Idee wirken können. Es kommt ja letztlich nicht darauf an, daß wir Friedensversammlungen besuchen, an Kundgebungen mit dem Ausruf „Nie wieder Krieg!“ teilnehmen und viel vom Frieden reden, sondern es kommt im Grunde darauf an: Was tun wir zur Verhütung eines Weltbrandes?

Unsere Aufgabe beginnt bei unseren Kindern! Schon bei den ganz Kleinen.

Ich beobachte täglich, wie Mütter ihren Kindern einprägen: „Feste niederkauen, wenn dich einer schlägt!“ — „Wart' nur, gleich kriegt du Hare!“ Das höre ich nur allzuoft. Dann brüllt hier ein Kind: „Er hat mich geschlagen!“ Wehrt sich, schlägt wieder, bis das andere heult: „Puh, er hat mich geschlagen!“ Andere Kinder kommen hinzu, nehmen Partei und eine regelrechte Prügelei ist im Gange. Krieg im Kleinen, Krieg unter den Kleinen. Jedes hat recht, jedes wurde „angegriffen“, jedes handelte „in der Notwehr“. Genau wie im großen die Völker untereinander!

Jede Mutter sollte ihre Kinder zur Verträglichkeit erziehen, ihnen Narrenagen, wie häufig das Schlagen und Zanken ist. Wieviel schöner es sich spielen läßt, wenn eins dem andern seine

Sachen zeigt, es sie anfassen und bewundern läßt und mit frohem Sinn teilnimmt am gemeinsamen Spiel.

Da die meisten Kinder aber heute nicht so erzogen werden, sondern nach dem Grundsatz der Vergeltung, der Rache, der Ellbogenfreiheit für sich, so wird unser Kind manches zu erdulden haben. Es wird geschlagen werden, besonders oft, vielleicht ohne Grund, um es zu reizen. Wehrt es sich nicht, so wird es als Feigling, als Schwächling verachtet werden. Galtet dennoch an eurem Grundsatze fest, ihr Mütter, die ihr für den Frieden kämpft! Nehmt Kinderfeindschaft nicht tragisch! Helft mit freundlichem Wort, mit frohem Sinn euren Kindern im Kampf mit andern gearteten und anders erzogenen Menschen. Es ist kein leichter Kampf für unsere Kleinen und erfordert viel Kraft und Selbstzucht von ihnen. Keines will als feige oder schwach gelten, und soll es ja auch nicht! Wir müssen darum den Kindern zeigen, wie sie ihre Kräfte an edlere Dinge und höhere Ziele setzen können, wie Schwächere zu schützen sind vor den Angriffen der anderen, hilfsbereit sein, wo eins in Gefahr ist.

Schließlich, wenn auch nur langsam wird sich auch bei anderen die Erkenntnis durchsetzen, daß ohne Schlagen ein schöneres Spiel möglich ist. Natürlich müssen wir auch unsere Kinder zur Bescheidenheit erziehen. Es muß es ertragen können, daß andere mal das Spiel bestimmen und muß nicht immer selbst die erste Geige spielen wollen und daher so manche Streitigkeit heraufbeschwören.

Glaubst Du nicht auch, daß, wenn solch ein friedfertiges Geschieht heraufwächst, es auch im politischen, kommunalen und Völkerverleben eine Wendung geben wird zum Segen der Menschheit?

Wenn ich den Hauptwert auf die Kindererziehung lege, so geht damit Hand in Hand die Selbsterziehung! Wir selbst dürfen bei uns keine Wutausbrüche, keine Streitlustigkeiten dulden und müssen uns immer wieder selbst in Zucht nehmen. Denn das Verhalten der Mutter ist maßgebender für das Kind als ihre Worte.

Wir Mütter haben hier eine ungeheuer schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Von uns hängt die Zukunft ab!

Ich glaube, Du gibst mir recht und wirst gewiß in Deinen Vorträgen wie auch im persönlichen Umgang den Müttern diese große Aufgabe immer wieder ernst ans Herz legen.

Es grüßt Dich herzlich

Deine Magd Alene.

Schlaf, Kindlein, Schlaf!

Schlafen! Welch eine selbstverständliche und gleichzeitig seltene Sache. Alle Sorgen, alle Schwierigkeiten glätten sich ein wenig. Doch wir geübten Menschen von heute schlafen alle viel zu wenig. Der Abend behält sich aus, Arbeit, Einkaufen, Verkehrsmittel, Kaffeefreundschaft und Vergnügen werden in ihn hineingepreßt und erst in vorgerückter Nachtstunde überlassen wir uns dem Schlaf, aus dem uns dann ein unerträgliches Bekleidungsgefühl aufsteigt. Ein neuer Tag und neue Arbeit fordern ihren Tribut.

Mein das Kind besitzt heute noch die Fähigkeit, gern aufzustehen. Es hüpft quälend und heiter aus seinem Bettchen und stellt sich Anstrengung und Leben heißend in den neuen Tag. Diese Gabe bleibt ihm aber meistens nur so lange erhalten — bis sie ihm die Erwachsenen verbergen und genommen haben. Und sie gehen meistens schon sehr früh an dieses Werk!

Schon beim Erwachen sagt das Kind: „Er schreit das Nacht.“ Die Mutter kann es nicht anhören. Vom Weiden getrieben steht sie auf, spricht ihm gut zu, fragt ihn vielleicht jetzt in der Schlaf, trägt ihn wiegend auf und ab und wenn alles nichts nützt, gibt sie ihm zu trinken. In der nächsten Nacht dasselbe und so fort — endlose Nächte, angefüllt mit Säuglingsgeschrei und allmählich größer werdendem Unmut der Mutter, des Vaters, immer größerer Arbeitsverdruss der Eltern und — größere Dynamik des Säuglings.

Und wie mannigfaltig sind die schlechten Gewohnheiten, die die Eltern den Kindern im Laufe des Wachstums beibringen! Außer ist alles nur Eßens und Spiel, man wird von seiner Freude an dem Kinde überwältigt und wagt es ein und fragt es ein. Aber im Laufe der Gewohnheit pocht das Kind auf sein Recht und kann sein Recht!

Schlaf, Kindlein, Schlaf,
dein Vater hat die Gabe,
deine Mutter schätzte die Wärmelein,
da fällt herab ein Pfannkuchenlein.
Schlaf, Kindlein, Schlaf!

noch nicht so allwissend sein, als daß es nicht seinen Sinn erfaßt. Bei einem anderen Kinde läßt der Eindrücke nur dann ein paar Minuten auf die Erde fallen, wenn sich die Mutter zu ihm ins Bett gesetzt hat. Und wie tyrannisch beherrschen andere Kinder auf ein Spielzeug, das man ihm auch sehr lieblich und ohne Nachdenken wegnehmen sollte.

Das Kind so selten sind feilsche Eindrücke, die die Eltern den Kindern beibringen — und die sie dann noch bekräften, da sie die Kräfte nicht erkennen können.

Das Ganze aber aus Gerechtigkeit reißt man viele Kinder aus diesem Schlaf, um sie weiser zu machen, die sie dann mit lustigen Reden und kühnen Entschlossenheiten erregen. In anderen Nächten schreit das Kind auf, schreit, will nicht allein bleiben, heulend schreit es, wenn es die Mutter mit ins Bett nimmt — eine kleine Angstschreie kann auf diese Weise entstehen. Und niemand kümmert sich um die Ursache!

Aber, ganz stillen wird es, wenn man die ersten übernatürlichen Kinder über ihre eigenen Taten sprechen läßt, wenn die Eltern sie behutsam lange anhalten oder für etwas paßt wollen mitnehmen.

Ein ganz natürliches Spielzeug wird es nur sehr selten sein, als das Kind ins Bett geht. In manchen Nächten ist es noch sehr jung und weinen. Seine Tränen trüben sich und erwecken wie die eines Betrübten und weniger still und viel weinender und Gefährte erweisen sich zu deutlich, daß der kleine Kopf überreizt und daß seine Kräfte überfordert sind. Dabei werden sich die Eltern ausreden: Er will nicht ins Bett! Ganz recht! Er will nicht! Aber er will überhaupt nicht mehr — er will nicht! Denn er kann nicht mehr. Er möchte so gern, daß seine Eltern malen! Denn er fühlt ganz deutlich, daß er nur deshalb am Tage so ein kleiner gequälter Ferkel ist, daß er immer im Gange herumrennen und aufpassen muß, daß er nur deshalb so ungeschicklich werden kann und daß seine Kräfte so langsam und langsam sind, weil er in seinem ganzen Leben noch nie den richtigen Schlaf bekommen hat und daß seine Eltern immer ihr „er will nicht“ zur Hand hatten.

Und dann ist da noch die kleine Elisabeth, die so nervös und ängstlich und doch erst fünf Jahre alt ist. Sie muß abends gebadet werden und da die Mutter nie Zeit hat, so schließt sie ausgerechnet das Bad des Kindes hinaus — bis es wirklich nimmer geht. Statt das Bad mit einer anderen Arbeit auszuweichen, muß das Kind auch die recht zweifelhafte Gnade bis zur Erschöpfung warten. Dabei soll morgens ein Bad genau so angenehm sein! Aber die wenigsten Frauen verstehen ihre Zeit einzuteilen — und darunter müssen dann immer die Kinder leiden!

Webers haben allerdings ihr ganz besonderes Rezept, das den Schlaf ihrer Kinder regelt und behütet. Sie gehen nie aus, denn es könnte ja den Kindern etwas passieren. Als sie noch kleine Kinder hatten, kümmerten sie sich noch um etwas mehr, als um ihre eigene Befugnis. Sie gingen zu Versammlungen, taten etwas für ihre Bildung und für geistige Berstörungen. Heute ist das alles vorbei. Sie müssen den Schlaf ihrer Kinder hüten. Aber sie haben ein ruhiges Gewissen, fühlen sich als gute Eltern — und das sind bekanntlich „sanfte Kräfte“. Doch man kann nicht immer im Ganzen sein. Und die Kinder? Ach was, die nehmen wir mit! Zuerst ist es Sonntagmorgens, doch es wird Abend und immer gemütlicher und man kann sich nicht trennen: die Kinder sind zwar schon seit geraumer Zeit so aufgeregt, daß sie das ganze Haus auf den Kopf stellen — aber dafür sind wir immer noch so glücklich und so glücklich, die kleinen bei uns zu haben. Und wenn man sich schließlich auf den Weg macht, dann zucken sich der Herr Papa und die Frau Mama, daß immer der andere nicht nach Hause wollte und daß man um die Plage mit den übermüdeten Kindern hat. Und die Familie Schulte, bei der die Familie Weber einen Besuch gemacht hat? „Wenn sie bloß die Schreie nach Hause bringen wollten, wenn es Zeit ist! Man konnte ja sein eigenes Wort nicht mehr verstehen! Na, die loben wir nicht wieder ein! Solche ungeschicklichen Kinder aber auch!“

Ganz besonders liebevolle und vorzügliche Eltern nehmen ihre Kinder sogar mit in Geschäftsgängen, zu Festen, die erst als Kinderfest ihren Anfang nehmen, dann aber zu Einladungen ihrer Väter ansetzen — dabei kommen sie nie auf den Gedanken, daß es viel weniger schmerzhaft wäre, wenn das Kind allein zu Hause in Bett liegt, als daß es hier bei den Eltern ist und zwischenmenschlich spielen muß, wo laute Reden und auch die rote nicht fremd ist. In solcher Umgebung verdrängt der Wind der Eltern, den jedes Kind um sie legt, solange es noch klein ist. Es findet nur zu leicht heraus, daß die großen Leute, die immer so erhaben tun, recht viel anderes Zeug zusammenzusetzen und nur ein kleines ist es bis zu dem Gedanken, daß die Frauen und Besondere der Kinder sich um weit wichtigeren Dinge drehen, als es die der Eltern tun, die die Kinder überhäufig mit ihrem „kühnen Zeug“ abtun.

Und das gut gewöhnliche Kind?

Es kommt bis zum dritten Jahre nur sechs Uhr ins Bett. Morgens wacht es auf und sieben Uhr auf und schläft vor dem Mittagessen noch einmal einmahl bis zwei Stunden. In den Abendstunden ist es gut ausgeglichen, beschäftigt sich, ist ohne Mühe, geht spazieren oder spielt im Freien bei warmem Wetter. Es wehrt überhaupt nicht, daß es länger aufbleiben könnte und so hat es auch gar nicht den Wunsch danach! Müdigkeit kommt erst, wenn sie ausgeglichen werden! Ansonsten ist es ganz gleichgültig, ob die Eltern im Hause sind oder ob sie weggehen. Das Kind schläft — denn es kennt es nicht anders! Dabei ist diese durchgehende Regelmäßigkeit keine Anleihe und keine Dynamik für das Kind. Sie läßt das Kind im schönsten Sinne des Wortes wachsen und gedeihen, denn der Schlaf hält den schlimmsten Feind für des Kindes zurück und für der Eltern Wohlgehen ab: Die Nervosität, die Krankheit des ungeschicklichen Säuglings.

Ich untereinander verständlich und werden
ist eine Möglichkeit geworden,
wenn man gelangt zu ihr und starr;
das ist nur ein kleines Christentum!
Hoffmann u. Fallerleben.

Kinderohren

Was ist wohl schöner, als das Werden und Wachsen der Kinder zu beobachten? Köstliche Szenen voll Humor und Frische, voll Gemüt und sprudelnder Phantasie kann man da erleben, aber daneben auch manches Schöne, das uns selbst zur Anklage wird. Denn die Kinder geben in der Regel das wieder, was sie sehen und hören. Darum sollten alle Eltern darauf bedacht sein, daß an ihnen die Kleinen nur Gutes sehen. Dazu gehört ein großes Maß von Selbsterziehung und Zügelung, von Pflanztreue und Gewissenhaftigkeit. Indem wir so an uns selbst arbeiten, unsere Fehler bekämpfen, helfen wir zugleich auch unseren Kindern, mit ihren Fehlern und Schwächen zu ringen und vollkommene Menschen zu werden.

Einen Fehler begehen wohl die meisten Eltern: Sie erzählen zu Freunden und Bekannten von ihrer Kinder guten und schlechten Eigenschaften in Gegenwart der Kinder. Nichts nimmt dem Kinde so sehr die Ursprünglichkeit, die Harmlosigkeit in seinem Tun und Treiben, als wenn es sich von den Erwachsenen beobachtet weiß. Werden seine Tugenden immer wieder erzählt und belobt, dann berührt es, seine Worte, Spiele und Handlungen bewusst zum Gefallen oder Missfallen der Erwachsenen zu gestalten. Das köstlich harmlose, kindliche, das, was uns am Kinde immer so wohlthuend berührt, geht verloren. Denke nur ja keiner, es ist noch so klein, es versteht es noch nicht! Die Kleinen verstehen mehr, als wir Großen oft denken und ahnen.

Soll man denn das, was unseres Lebens Stolz und Freude ist, in sich verschließen? Darf man denn nicht von den Fortschritten seiner Sproßlinge erzählen? Aber gern, denn was das Herz voll ist, des Geistes der Mund über. Nur nicht in Gegenwart der Kinder!

Lobt man das Kind vor anderen, so fühlt sich das kleine Wesen schon als etwas ganz Besonderes. Vereinzelt wird das nicht schaden. Aber hört es immer wieder, was es für ein großes, tüchtiges, kluges Kind ist, dann wird es ganz von selbst sich höher einschätzen als die anderen, wird auf seine Gefährten herabsehen und ein düsteres Kind, ein eingebildeter Mensch werden. So glaube, wir können alle in unserer Umgebung Menschen, die durch ihren Dünkel so unangenehm wirken. Bewahren wir durch weise Erziehung unsere Kinder davor, dumm-stolz zu werden.

Erst recht schadet es einem fein empfindenden Gemüt, wenn seine Schwächen, seine Unarten vor seinen Eltern, Verwandten und Bekannten erzählt werden. Das Kleine wird sich bloßgestellt, entehrt bekommen und feilsch darunter leiden oder mit der Zeit das innere Schamgefühl verlieren. Es kann sich bei ihm auch ein Minderwertigkeitsgefühl entwickeln, das hemmend auf sein körperliches wie seelisches Gedeihen wirkt. Muß man wirklich mit jemandem schlechte Züge des Kindes besprechen, so tue man es nie vor des Kindes Ohren, aber auch nur mit Personen, denen man vertrauen kann und nicht mit jedem.

Wie manchem Menschen sind im späteren Leben, als er bereits ein feiner Charakter geworden war, von den lieben Nachbarn Kinder- und Jugendstreiche nachgetragen worden. Wie mancher hat schon die falsche Meinung anderer heftig empfunden, weil die Eltern in ihrer Erzählung das Kind schwarz gezeichnet hatten. In den Köpfen der Freunde war das Schwarz noch vertieft worden und wurde nie ausgewischt. Man kann noch so gut geworden sein, in den Augen der lieben Nächsten bleibt man trotz allem das schwarze Schaf, als das man früher einmal hingestellt wurde.

Wie oft sind den Eltern schon die größten Unannehmlichkeiten entstanden dadurch, daß die Kinder in ihrer Harmlosigkeit Szenen an andere erzählten, die sie „aufgeschminkt“, hatten, so ganz zufällig, während man sie mit ihrem Spiel beschäftigt glaubte, waren sie doch ganz Ohr. Man hat über die Nachbarn, Urteil über diesen und jenen gehört nicht vor Kinderohren. Das vergiftet nur die arten, empfänglichen Seelen und nimmt ihnen allmählich die Harmlosigkeit abern gegenüber. Darum ihr Eltern, die ihr eure Kinder nicht bloß „erziehen“, ernähren, sondern sie „erziehen“, das heißt zu tüchtigen Menschen bilden wollt, denkt daran, daß nicht alles, was wir Erwachsenen besprechen, vor Kinderohren gehört.

„Frau Doktor hat auch gekauft...“

Täglich kommt es vor, daß Hausierer bei Arbeiterfrauen besuchen, mehr oder weniger wertvolle Ware, meistens Haushaltsgegenstände anbieten mit dem geschickten angewandten Hinweis: „Frau Dr. Sounbo“ oder „Frau Direktor Sowieso“ drüber ober drunter — zur Befriedigung wird meist noch eine Auftragskopie gezeigt — hat sich auch den Artikel zugelegt. Damit soll der Beweis für die Güte und Brauchbarkeit der Ware erbracht werden. In vielen Fällen wird dann, weil die „Frau Doktor“ die Sache angeschafft und weil es der sehr viel ärmeren Frau schmeichelt, den gleichen Gegenstand wie die „Frau Doktor“ zu besitzen, gekauft. Die Vorstellung von der Unerschöpflichkeit der sogenannten „besseren Leute“ hat dem Vertreter zum Erfolg verholfen.

Sehr oft stellt sich später heraus, daß der Kauf nicht günstig war. Man ist herein gefallen. Warum? Weil es leider immer noch Arbeiterfrauen gibt, die dem psychologisch fein abgestimmten Verkaufstrick — der im Verhältnis zu seiner Anwendung auch den gewöhnlichsten Erfolg zeitigt — nicht mit der Sicherheit entgegen treten, die notwendig ist. Eine denkende Frau muß selbst beurteilen können, was für sie gut und brauchbar ist und was nicht.

Der Hausierer spekuliert auf die Urteilslosigkeit der Ehefrau. Er versucht durch seine Überredungskunst und durch sein nebenhin gesprochenes, aber genau berechnetes „Die Frau Doktor hat auch gekauft“ die Frau, die nicht standhaft ist, zu überlisten. Der Hausierer will mit seiner Bemerkung Eindruck schinden, setzt damit aber in Wirklichkeit die Urteilskraft der Arbeiterfrau herunter, die viel besser einen Gebrauchsgegenstand beurteilen kann, auch wenn ihr Mann keinen Titel hat. Die sogenannte „bessere Frau“ hat es ja gar nicht nötig, so auf jeden Pfennig zu schauen, wie die Arbeiterfrau und obendrein versteht sie in den meisten Fällen nicht einmal mit diesem Gegenstand nicht mit eigener Hand vertrieht.

Unsere Arbeiterfrauen müssen das Minderwertigkeitsgefühl ablegen. Auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen müssen sie selbst ein Urteil über Wert und Verwendbarkeit einer Ware fällen und ermessen können, ob sich ein Kauf zum Gegenstand eignet oder nicht. Daß die „Frau Doktor“ auch gekauft hat, darf dabei gar keine Rolle spielen, denn was für diese etwas Gutes und Praktisches ist, braucht für die Arbeiterfrau noch lange nicht ebenso zu sein.

Die Arbeiterfrau ist praktisch. Ihre größte Kunst ist, mit wenig Geld eine Familie zu ernähren. Von der „Frau Doktor“ würde man das unter gleichen Umständen nicht ohne weiteres sagen können.

Selbsterkenntnis

Rudolf (zum Heiratsermittler): „Das ist ja ein ganz hübscher, gebildeter und vermöglicher Mensch, mit dem Sie mich da verlobt haben; (vertraulich) sagen Sie mal, dem wollen Sie wohl einen Ehegarnat spielen?“

Die Rekrute

Befrager: „Du und dein Bruder, ihr seid Zwillinge, nicht wahr, mein Junge?“
Junger: „Ja — aber es ist nicht schön, Zwillinge zu sein.“
Befrager: „Warum denn nicht?“
Junger: „Wenn der Vater nicht raustreibt, wer von uns etwas angestellt hat, dann haut er uns jedesmal beide durch.“

Doktor Eisenbart

Der Herr Direktor, jung und frisch,
Schlägt Küllings auf den grünen Tisch
Und schreit: „Hinaus geht mit den Alten
Ich werde nimmer sie behalten!
Zu was denn auch, du lieber Gott!
Durch sie wird das Geschäft bankrott.
Zu ständig ist mir diese Nase;
Sie tanzt zuletzt mir auf der Nase.
Zuletzt ist hier noch alles Blut,
Das junge es mir besser tut.
Hier gelte das nur, was ich will,
Und ständen selbst die Räder still!“

Stehn lauernd da in allen Ecken,
Um jeden Vorteil zu entdecken.
Doch ist der Vorteil nicht etwa
Für Leute an dem Fleckband da.
Im Gegenteil. Die Direktion
Schiebt ein den Ueberdruck davon,
Wenn's einen gab. In diesem Fall
Kam es zur Pleite. Ueberall
Tat sich nach des Direktors Lehren
Zum Mißerfolg die Arbeit kehren,
Sodass an des Geschäftsjahrs Ende
Zum Teufel war die Dividende.

Die Alten fliegen aus dem Cempel
Und laufen alle nach dem Stempel.
Derweilen aber frisch und munter
Geht im Betriebe drauf und drunter.
Der Herr Direktor, ein Herr Doktor,
Nimmt sich die Sache gründlich vor.
Bald ist im Gang ein fliehend Band.
Bedienung dran so allerhand.
Kein Alter drunter, Lebenserfahren;
Sei, wie kann da der Doktor sparen.
Zwar kostet's wohl im Anfang viel,
Die Arbeit gilt als Kinderpiel.
Und willig schafft die junge Kraft;
Die Firma strotzt im Lebensalt.
Dann kommt die Stoppuhr, Preisdikta.
Sekundenschnapper, früh und spät

Dun greift der Aktionär zum Befen
Und legt hinaus das ganze Wesen
Mitsamt dem Doktor, der „a denkt,
„O, hä!“ ich lieber mich gehängt!“
„Recht lo, dann wärst du jung gestorben“
Und häuft den drei uns nicht verdröben.“
So spricht hierauf das Kapital
Und ruft die Alten alzumal,
Damit mit diesen und den Jungen
Wiefrüher, die Arbeit wird bezwungen,
Nach dem natürlichen Gesetze
Und nicht durch blöden Drang und Hebe.
Ruch nicht wie es dem Doktor träumt,
Der da das Roß beim Schwanz auf-
zäumt.

Hanno Griff.

Stahlwerk Terni

Der altrömische Geschichtsschreiber Tacitus sagt: „Nell' Umbria fanno spozializio il Tevere e la Nera, a Roma nasce il Nero!“ Auf deutsch: „In Umbrien heiratet der Tiber die Nera, Nera: die Schwarze; in Rom gebar die Nera den Nero: Nero, den Mordbrenner, den Schwarzen.“ In seinem sechzehnbändigen Geschichtswerk, in den „Annales“, hat der Tacitus dem Sohne der Nera, dem Nero, ein Denkmal gesetzt: ein Denkmal des Mordes, der Vergewaltigung, des Volksbetrugs — aber auch ein Denkmal des traurigen Untergangs. Tacitus war ein Sohn Umbriens, er ward geboren zu Terni, zu Terni: am schwarzsäumenden Fluße Nera, Nera: der Schwarzen, die sich durch Dolomitgestein hin von den rauhen Höhen des Apennins einen Durchbruch zum Mittelmeer gefressen hat. Javohl: gefressen hat — jernagte Felsenklippen: schwarz; schäumende Katarakte: schwarz; gurgelnde Strudel: schwarz; ein wildes Mädchen ist die Nera, ein Teufelsmädchen, ein Unglücks mädchen — sie gebar Neros Teufel, den Nero, den Bluthund der Antike.

Terni an der Nera, die heutige Stahlstadt! Das schwarze Blut wird der Nera abgezapt: es muß Arbeit tun: Turbinen treiben, nachts funkeln die elektrischen Augen der Nera. Und die rote Zunge der Nera leckt über die nächtliche Landschaft hin — hinauf zum Sternhimmel, die Glutjunge der Hochöfen. Hörs! du, das Gefaß und das Gefäß — her durch die Nacht? Terni arbeitet. Gebläse, Geshämmer, Gepolter und Geächze. Wo bleiben in all dem höllischen Lärm die Seelen der Menschen? Werden sie in Stahlstadt Terni zerrieben und zertrümmert, zerquetscht und zerquält: die Menschen, Menschen, Menschen? Ja, beinahe. Terni ist eine Unglücksstadt. Es bezahlt seine Arbeiter schlecht, mager sind die Arbeiter, gelb und krumm: schaffende Skelette zwischen dem Geöse der Hochöfen und Hammerwerke. Terni gebiert Unglück. Terni ist die Waffenschmiede Roms. Der Nero des heutigen Roms: der Langschindel Wufolungo: der König der Schwarzhäuten, der Faschisten-Imperator: der schmiedet in Terni „seine“ Panzerplatten, in Terni gießt er „seine“ Kanonen, in Terni fabriziert Nero Wufolungo „seine“ faschistischen Flinten, Seitengewehre, Dolche und Bomben. Der arme Mann in Terni ist der Sklave des Tyrannen in Rom, der arme Mann flucht seiner Arbeit, wie man eben dem Worte flucht — aber der Hunger, Hunger, Hunger — der Hunger macht den Menschen gefügig — bis, bis: jawohl: bis der Hunger explodiert: Revolte stürzte noch alle Tyrannen! Tacitus erzählt uns den Untergang Neros und seines herrlichen Roms. Tacitus Cornelius, der Sohn der Stadt Terni, der erste Geschichtsschreiber über Deutschland: in seiner „Germania“ sprach er von den Sitten, Rechten und Knechtschaften der Barbaren im hohen Norden: die mit Wör und Auerachs blutige Lätze um hellebernde Feuer tanzten! Tacitus sah schwarz: er malte Sonne und Schatten! Wer fühlt sich gebildet? Immer die, die im Schatten leben, die den schwarzen Sammetpelz tragen: die Maulwürfe und Krachhände der Katakomben. Nero in Rom: der heutige: der kratzt Italia wund! Fast du schwarze Ohren — hörst du den Rotschrei des Volks-Italia? Ja, wir hören: Arbeiter in Not, in Zwang und Unterdrückung. Das proletarische Europa muß helfen!

Terni. Durch die Nebengärten des Sabinergebirges sind wir auf dem Motorrad an die Nera gekommen, wir sind bei den Genossen in Terni. Abend. Der Boden glüht, Fabrikland: Hochöfenland: die Nera schäumt und rauscht unter dem Joch hoher altrömischer Bräuen, Berge steigen auf, mit Lichtern und Fackeln geschmückt: stolze schöne Nachtfrauen! Flammen speien die Hochöfen — Purpurglut aus den Guffallen — Stahlblöde werden unter Ätzen und Sprühen zerquetscht. Arbeit durchpoltert Terni. Tag und Nacht!

Die Arbeit glüht hinein bis in den Wirtsgarten, wo wir zu Abend bei unseren Freunden sitzen: den Stahlarbeitern der Waffenschmiede. Neben uns: im Wirtsgarten, die Bergola — Neben neben uns — das Spalier — Nebenblut im Glase: der dumme Strusfextein, der Erbsaft Umbriens. Wino Nero! Genossen von Terni, wir sind hier unter uns: der Geist des proletarischen Europas hält Zwiesprache mit euch, mehr: Zwiesprache! Genossen von Terni, Stahlarbeiter der Waffenschmieden, wir hören eure Klagen, uns bluten die Herzen, wie können wir helfen? Alles Üble und Unsinn bedrückt euch: Proleten der Nera, Sklaven des Nero, des Tyrannen in Rom. Verschlagen sind eure Organisationen, Gewerkschaft und Partei haben ihr Blut verstromt, auf den Stamm der roten Sozialistenrosen hat der Nero die schwarzen Augen der faschistischen Gewerkschaft gesetzt: die aber nicht treiben wollen — rote Rosenstämme bringen keine Nachtviolen zur Blüte. Genossen von Terni, bei all eurem Leid — ist dieses freudig: im tiefsten Innern bleibt ihr, was ihr werdet: Sozialisten! Die Gefinnung kann auch der Nero in Rom nicht aus der Seele reißen.

Die Nacht ward leise hell, der Vollmond kommt hoch: wie eine große Zitrone hängt der Mond am weißäugigen Baum der Nacht. Der Wind wird frisch, der Wind: herab vom wilden Apennin. Die Sterne werden milber: silberfarbig — reicher

Arzneihunger

Die Klagen der Krankenkassen über gesteigerte Ausgaben für Arznei- und Heilmittel mehrten sich von Jahr zu Jahr. Aus den Beiträgen armer Klassenmitglieder werden heute Millionen von Mark für diese Ausgaben aufgebracht. Fast 10 bis der Ausgaben einer Krankenkasse entfallen auf diesen Titel. Es wird behauptet, daß ein großer Arzneihunger eingetreten sei, eine Steigerung der Ausgaben aber so nicht weiter ertragen werden könne. Ältere Gewerkschafter erinnern sich bei der Besprechung dieser wichtigen Frage, daß vor Einführung der Zwangsversicherung eine Arzneifrage überhaupt nicht bestand. Laut Statut gewährte die Mehrzahl der damaligen Klassen nur Krankengeld und Sterbegeld. Sogar den Zwangskassen der Gemeinden war es freigestellt, freie ärztliche Hilfe zu gewähren. Die Folge war, daß die Erkrankten aus ihrem fargen Krankengeld die Kosten für Arznei und Heilmittel selbst bezahlen mußten, der Arzt nur in der größten Not, oft zu spät gerufen wurde. Viele Rezepte wurden auch deshalb nicht zur Apotheke getragen, weil die Ausgabe zu hoch war oder die erhoffte Besserung in dem Zustande des Patienten sich eingestellt hatte. Es läßt sich deshalb heute gar nicht mehr feststellen, welchen Schutz die Krankenkassen vor übermäßiger Inanspruchnahme ihrer Mitglieder damals hatten. Ärzte und Apotheker gehörten zu den Gläubigern des genesenden Arbeiters und wurden seltener in Anspruch genommen. Die Arbeiter zählten eben zur Privatkundschaft der Ärzte und Apotheker, um die heute noch viele dieser Herrschaften klagen.

In den ersten Jahren der Zwangsversicherung waren die Ausgaben der Krankenkassen für Arznei usw. noch sehr gering. Von Jahr zu Jahr aber wurden die Ausgaben höher, so daß zum Beispiel im Jahre 1904 die Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. ein Flugblatt über den „Arzneihunger“ in 100 000 Exemplaren an die Erkrankten in Fabriken und Werkstätten verteilen ließ. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der große Arzneiverbrauch zum Ruin der Klassen führen könne. Es sei tief zu beklagen, daß die verordneten Medikamente in großen Quantitäten unverbraucht, oft gänzlich unberührt, in Gläsern und Schachteln aufgespeichert, dem Verderben preisgegeben würden. Tausende von Mark gingen auf diese Weise verloren, die anderweit zum Nutzen der Versicherten verwendet werden könnten. Die Klassen sprachen niemals vor hohen Summen an notwendigen Aufwendungen für Medikamente zurück; sie erachteten es jedoch als ihre Pflicht, die Mitglieder hierdurch vor dem unnützen Arzneiverbrauch zu warnen. Von vielen Kranken wurde leider die Wertschätzung des Arztes von einem ganz falschen Gesichtspunkte aus beurteilt. Sie glauben nur bei demjenigen Arzt, ihr Heil zu finden und nur derjenige Arzt galt bei ihnen als der tüchtigste, der im Krankheitsfälle recht oft und jedesmal ein recht großes Quantum Arznei verordnete. Die Anzahl der Arzneimittel, welche die Ursache einer Krankheit zu beseitigen imstande ist, ist eine sehr begrenzte und diejenigen

Mittel, welche Linderung verschaffen sollen, werden am besten nur in solchen Mengen verschrieben, daß sie eben zur Beseitigung gewisser Beschwerden ausreichen; sie können dann, falls weiter notwendig, leicht von neuem verordnet werden. Die Erfahrungen und Versuche der medizinischen Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten haben gelehrt, daß außer den Arzneien, deren Zahl und Anwendungsweise, wie schon gesagt, eine begrenzte ist, Heilmethoden anderer Art, wie Bäder, Massagen, Elektrisieren, richtige Anordnung der Lebensweise in bezug auf zweckmäßige Wohnung, Kleidung und Ernährung oft mindestens ebenso wichtig in dem Heilverfahren sind, als Arzneien und auch neben letzteren die sorgfältigste Beobachtung verdienen. Die Kranken sollten daher den Belehrungen oder den Ratschlägen zugänglich sein und das Verordnen von Medikamenten ganz allein dem Arzte anheimstellen, welcher schon zur rechten Zeit mit den notwendig erscheinenden Arzneimitteln helfend eintreten wird. Auf die Verordnung von Arzneimitteln sollen daher die Hilfesuchen den niemals drängen.

Die Krankenkassen haben weiter durch Einführung einer gewissenhaften Rezeptprüfung Schutz gesucht. In vielen Klassenverwaltungen wurden früher die vorgelegten Rechnungen der Apotheker einfach ungeprüft bezahlt. Später merkte man jedoch, daß eine peinliche Nachprüfung der Rechnungen und der Rezepte nach zwei Richtungen hin vorgenommen werden müsse. Vorgebildete Beamte prüfen heute alle Apothekerrechnungen, angelegte Apotheker die Rezepte nach der Arzneitaxe. Auf diese Weise werden die einzelnen Ärzte erlannt, die gewissen- oder gedankenlos zu große Mengen Arzneimittel verordnen. Heute hat der Hauptverband der Ortskrankenkassen Deutschlands ein großes Büro für die Rezeptprüfung eingerichtet. Trotz aller Sparmaßnahmen steigen aber die Ausgaben für Arzneimittel weiter an. Arbeiter, die heute schon verhältnismäßig hohe Steuern bei fargem und unsicherem Verdienst zahlen müssen, sollten eigentlich in eigener Sache auf ihre Kollegen einwirken, daß sie selbst in der Lage sind, eine Erhöhung der Beiträge zur Krankenversicherung nach Möglichkeit zu verhindern. Leider machen die Tagesangelegenheiten der chemischen Fabriken heute sehr viele Kranke kopfschmerzhaft, die in ihrer Unkenntnis, Angst oder Aufregung die Ärzte drängen, die teuersten Mittel in großen Mengen zu verordnen. Viele dieser Arzneifabriken haben noch das Monopol und können die Preise nach Belieben erhöhen. Die Apotheker wieder sind in der Lage, durch hohe Zuschläge für die einfache Abgabe eines fertigen Medikaments den Preis zu erhöhen. Das Schlimmste ist aber, daß die Krankensuchenden in vielen Arbeiterwohnungen ganze Batterien von Arzneifläschchen mit teurem Inhalt feststellen müssen, die nutzlos dann verderben. Eine Erziehung der Klassenmitglieder ist deshalb dringend notwendig, da sie die Krankenkassen mit verwalten und eine weitere Erhöhung der Beiträge vermieden werden könnte. E. G.

duftet der Oleander — und hier kommt einer, ein Blaffer, ein Ernster, ein Mann in weiter weißer Loga — er setzt sich hinten an den einsamen Tisch, dort: er rollt ein Papier auf, er nimmt einen Griffel — er schreibt, sinn — und er schreibt wieder. Wer ist der einsame Schreiber dort? der Nachbarbeiter auf dem Wachspergament? Der ist der Tacitus: der Tacitus Cornelius, der Sohn der Stahlstadt Terni. Was er in dieser Vollmondnacht schreibt: das ist die Geschichte Neros des Zweiten, des Tyrannen des „neuen“ Italien. Der Geist des Tacitus schreibt Leben und Tat und Wort und Vergewaltigung von seinen des Wufolungo. Der Ausklang ist eine Prophezie: Tacitus schreibt schon den Untergang des Tyrannen! Nero Zwei endigt wie sein Vorgänger: wie Nero Eins. Mes Böse geht an sich selber zugrunde! Was berührt uns hier in der Vergola? Schmerzlich! Dieses: Seufzer und Klagen — wer, wie, wo, was? Die Seufzer der Gefangenen auf den „Hole“: Lipari: Ustica: die Opfer Wufolungos klagen unter gelbem Mond — goldene Sterntropfen sind Tränen. Fangt die auf in den Potal eures Mitleids. Die Freiheit weint. Nacht über Italia! Max Dortu.

Ein Sacco- und Wanzetti-Roman

„Boston“ — das neueste Werk von Upton Sinclair
Der Name Upton Sinclair erschien wie ein roter Planet im Sternenhimmel. Sinclairs Romane gingen über die ganze Welt und erzählten von einem andern Amerika, von dem Amerika des Klassenkampfes, von der Ausbeutung der „hergelaufenen“ Proletarier, von den weltschmerzlichen Aktionen der Börsen, Eisen- und Ölkonige, aber auch vom ersten Erwachen des Massenbewußtseins. Die ereignisreiche Zeit sorgte dafür, daß ihm der Stoff nie ausging. Eines Tages übertraf er die Welt mit seinem nach Umfang und Bedeutung größten Buch „Boston“.

Der Entschluß, diesen Roman zu schreiben, so sagt Upton Sinclair im Vorwort dieses im Malik-Verlag erschienenen und von der Büchergilde Gutenberg, Berlin, als Nebenausgabe für ihre Mitglieder zum Preise von 4,50 M. herausgegebenen umfangreichen Werks, „wurde am 22. August 1927, um 9 Uhr 15 Minuten abends gefaßt. Der Anlaß war ein Telefonruf einer Zeitung, des Inhalts, Sacco und Wanzetti seien tot. Es schien dem Verfasser, daß die Welt die Wahrheit über diesen Fall werde erfahren wollen; seine Annahme erwies sich als richtig: aus fünf Weltteilen ergoß sich eine Flut von Kabeltelegrammen und Briefen über ihn mit der Aufforderung, eben das zu tun, wofür er sich schon entschieden hatte. Ein „zeitgenössischer historischer Roman“ ist eine ungewöhnliche Kunstform und mag einer Erklärung bedürfen. Was die beiden Hauptpersonen, Nicola Sacco und Bartolomeo Wanzetti betrifft, ist dieses Buch keine Dichtung, vielmehr ein Bericht, Geschichte zu schreiben; alles, was sie in meiner Darstellung tun, haben die beiden wirklich getan, ihre Äußerungen sind Briefe von ihrer Hand oder den Mitteilungen ihrer Freunde und Widersacher entnommen. Auch diese Freunde und Widersacher treten in eigener Person unter ihren richtigen Namen auf.“

Vielleicht wäre jeder andere Schriftsteller an der ungeheuren Aufgabe gescheitert. Nur die Erfahrung und die Routine konnten diesen Stoff bewältigen helfen. Sinclair erfanb eine Verbindung zwischen der Welt der Reichen und der Welt der Armen, eine Millionenarbitrarie, die angelehnt von dem Sumpf ihrer Familie und ihrer Klasse in das ausgebeutete Proletariat hinabsinkt und eine alte Frau wird, die sich ein Jahr lang selbst ihr Brot verdient — es soll „drüben“ solche „Fälle“ geben! — und dabei die aus Italien ausgewanderten Proletarier Sacco und Wanzetti kennenlernt, deren Kampf und Ende sie miterlebt, mitleidet und deren Testament an die Welt sie schließlich mit hinaustragen hilft.

Es ist die Zeit der Hochkonjunktur für die amerikanischen Kapitalisten. Auf dem blutigen Ader des Weltkrieges blüht der Profit. Die Welt wird der „Fehlbilanz“ im „Gehrod“ durch das Geheiß des Bolschewismus gestört. Die Arbeiter regen sich, zeigen Anzeichen von Macht. Da finden sich die Kapitalisten, die sich sonst gegenwärtig anstrengen, zu gemeinsamer Front zusammen, und der weiße Terror reißt seine Atlaten. Spindel und Proletarier konstituieren Bombenattentate und Überfälle und Sacco und Wanzetti geraten in die Klauen der Justiz. Der Bestechungsring schließt sich um sie, ein

Exempel soll statuiert werden. Entlastungszeugen werden arbeitslos, Dolmetscher lügen, Reineide werden ungestraft geschworen, die Klassenjustiz reißt sich selbst die Maske ab und die organisationsfeindlichen Unratshisten können etwas lernen von der organisierten Macht des Staates. Und während ein Standardprozeß zwischen Wilson und den Beweis dafür liefert, daß die großen Vandalen keine Handjohellen brauchen, keine besonderen Polizisten, keine bissigen Richter, faltet der Staat die beiden Märtyrer ihrer Idee in feben-jähriger Haft in Angesicht des elektrischen Stuhles. Sacco und Wanzettis Rechtsanwältin hatten die Partie gewonnen, aber ihre Gegner warfen das Schachbrett um und ihnen die Figuren ins Gesicht.

Endlich geht die siebenjährige Markter zu Ende. „Es gab kein Geseh, es gab nur den Klassenkampf“ — also mußten Sacco und Wanzetti sterben. Tausende von Polizisten, von Rosaken des allmächtigen Dollar, reiten die gegen den Aufstand aufstehenden Massen nieder, die Entfristung der ganzen Welt wird hochladend beiseite geschoben, für 250 Dollar pro Opfer tut der Genet sein Werk. Und von Sacco und Wanzetti bleibt nur ihr Testament an die revolutionären Arbeiter der Welt. Nur? Ihr Leben gehörte der revolutionären Propaganda, ihr Tod war ihr Triumph: die ganze Welt horchte auf.

Upton Sinclairs Roman „Boston“ läßt dieses Testament wieder lebendig werden. Die Riesenaufgaben der Bücher Sinclairs sind das einzig richtige Fundament, von dem aus die gemordeten Brüder der 10 Millionen Arbeiter der Welt zu ihren Kameraden sprechen.

Es ist ein dickes Buch geworden, ein Wollentragender unter den Romanen der Gegenwart. Dieser Umfang ist eine Notwendigkeit. Nur so konnte Sinclair das Bild der Stadt Boston zu einem Kolossalgemälde von ganz Amerika erweitern. Nur so konnte Sinclair aus den Namen Sacco und Wanzetti eine Formel des Klassenkampfes werden lassen, ein Signal: Sacco und Wanzetti — Gerechtigkeit und Freiheit!

Die schönsten Stellen des Romans sind die im Wortlaut übernommenen Reden und Briefe der beiden gemordeten Kameraden. Nachwelt, höre sie an! Höre sie an, um sie nie wieder zu vergessen.

Was kostet das Kranksein?

Nach einer soeben fertiggestellten Statistik, an der sich auf die Hälfte aller deutschen Ortskrankenkassen mit über drei Viertel aller Mitglieder beteiligt haben, sind im Jahre 1928 für die Zwecke der Krankenhilfe über 780 Millionen Mark verausgabt worden. Fast 184 Millionen Mark betrug die Kosten der ärztlichen Behandlung, fast 35 Millionen Mark die Ausgaben für Zahnbehandlung, etwa 104 Millionen Mark wurden für Arzneien und Heilmittel, etwa 122 Millionen Mark für Krankenhausbearbeitung ausgegeben. Die sogenannten Verleisungen, das heißt Krankengeld, Haus- und Zuzuschuß beliefen sich auf fast 832 Millionen Mark. Für Gesundheitsfürsorge wurden 3 1/2 Millionen Mark verausgabt. Auf den Kopf des Versicherten fallen von diesen Kosten 77 M. Das Kranksein ist also eine kostspielige Sache. Um so wichtiger ist die auch von den Krankenkassen in jeder Weise geförderte Vorbeugung. Allein nach der vorliegenden Statistik wurden für allgemeine Fürsorge über 9 Millionen Mark, darunter für Kinderfürsorge 4 1/2 Millionen Mark ausgegeben. Aber auch im Interesse des einzelnen liegt es, die Krankheitskosten soweit als möglich durch eine gesundheitsgemäße Lebensführung zu vermindern, denn naturgemäß müssen mit den Ausgaben der Krankenkassen auch die zu zahlenden Beiträge erhöht werden, die ja zu zwei Drittel dem Arbeitnehmer vom Lohn abgezogen werden.

Betreffend Leistungssteigerung und Ueberwindung der Müdigkeit

unterstreicht Dr. Wetke, daß sie oft auf falschem Wege gesucht und erlangt wird und dann auf Selbsttäuschung beruht, wenn sie nämlich durch Raufgüsse erschlagen wird, die nur scheinbar auf eine hohe Spitze führen, von der jedoch der Sturz in die Tiefe der erschöpften Lebenskraft um so verberlicher ist. Der Alkohol kann wohl wie ein Zeitgeschlag eine vorübergehende Leistungssteigerung erzeugen, wirkt aber in der Folge sich durch einen Leistungsausfall aus. Auch Leistungssteigerung durch starke Anwendung von Kaffee, Tee, Tabak ist in den meisten Fällen ein Selbstbetrug, der sich bitter rächt.



Verbandsleben



Der Installateurstreik in Köln erfolgreich beendet

Wie sich der Christliche Metallarbeiter-Verband dabei verhielt

Der Streik der Installateure in Köln, der am 6. Juli entbrannte, wurde am 4. September beendet und am 6. September ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Dem Streikbeschluss war eine Reihe von Verhandlungen vorausgegangen, wobei ein befriedigendes Ergebnis nicht zu erzielen war. Während dieser Verhandlungen bemühte sich der Christliche Metallarbeiter-Verband ebenfalls Vertragskontrakt zu werden. Dabei ist zu sagen, daß seit 1905 ununterbrochen zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Verein Kölner Installateure ein Tarifverhältnis besteht. Von unserer Seite wurde den christlichen Kollegen keine Schwierigkeit gemacht, sie sollten uns nur beweisen, daß sie in dieser Branche auch Mitglieder haben. Trotz ihrer Behauptung, 80 Mitglieder in dieser Branche zu haben, konnte kein christlich organisierter Installateur bei den Vertragsfirmen gefunden werden. Unserm Verlangen, den Beweis dafür anzutreten, daß sie Mitglieder in dieser Branche hätten, sind die Christen schuldig geblieben. Aus diesem Grunde lehnten wir es ab, sie an dem Vertrag teilnehmen zu lassen.

Nach der ersten Streikwoche fanden erneute Verhandlungen zwischen den Parteien statt, in denen vereinbart wurde, daß der Lohn sofort von 1,42 auf 1,47 M steigen sollte, und am 29. August nochmals um 5 ¢ auf 1,52 M. Über die weitere Forderung, Regelung der Lehrlingsbezüge, wurde eine Verständigung erzielt, daß nach einem Beschluß des Vereins der Installateure die Lehrlingslöhne vom 1. Juli an um ungefähr das Doppelte der bisherigen erhöht wurden, in der Spitze des letzten Halbjahrs des letzten Jahres 18 M die Woche. Über eine weitere Steigerung dieser Löhne sollte bis zum Jahresabschluss eine Verständigung erzielt werden, die am 1. Januar in Kraft treten sollte. Diesen letzteren Wunsch hat der Verein abgelehnt (Regelung der Lehrlingslöhne) lehnten die Unternehmer ab, und wegen der Regelung dieser Forderung wurde weitergestreift.

Zwei Tage darauf, am 15. Juli, hatte der Schlichtungsausschuß erneut zu einer Verhandlung geladen, zu der wir nicht erschienen. Der Christliche Metallarbeiter-Verband hat jedoch bei dieser Gelegenheit mit den Unternehmern eine Vereinbarung getroffen, die dieselben Lohnsätze für die Gesellen vorsah wie unsere Vereinbarung vom 12. Juli. Die Regelung der Lehrlingslöhne war jedoch vollständig fallengelassen, auch eine um drei Monate längere Laufzeit war darin vorgesehen. Man beachte dabei, daß es sich um einen Bauberuf handelt, für den wir eine Laufzeit bis zum 30. Juni vereinbart hatten, die Christen jedoch bis zum 30. September. Die Ausföhrung, zu diesem Zeitpunkt irgendeinen günstigen Einfluß auf die Preisgestaltung der Löhne ausüben zu können, waren sehr gering. Trotz dieser schlechten Vereinbarung drückten sich die Christen überall mit ihrem Erfolg, obwohl es nur ein beschlechtigter Ablassch unserer Vereinbarung war.

Obwohl die Christen auch jetzt keine Mitglieder bei den Streikenden hatten, erklärten sie allerwärts: Wir haben einen Vertrag abgeschlossen, wie er im ganzen Besten noch nicht möglich war. Sie zogen aus verschiedenen ihrer Verwaltungstellen junge Installateure als Streikbrecher nach Köln. Diese Vereinbarung wurde am 17. Juli vom Schlichtungsausschuß Köln zum Spruch erhoben, und zwar eine Vereinbarung zum Spruch erhoben, über die zwischen den kämpfenden Parteien überhaupt keine Meinungsverschiedenheit bestand. Der Streitgegenstand: Nichtregelung der Lehrlingsentlohnung, wurde auch vom Schlichtungsausschuß fallengelassen, folglich ging der Streik weiter. Die Streikbrecherbestimmung ebenfalls. Als Beweis hierfür diene das folgende Schreiben:

Christlicher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Essen
Essen, den 23. August 1929.

Meiner Kollegen!

Seit Mitte Juli ist im Kölner Installationsgewerbe Streik, und zwar ist derselbe entstanden, weil der sozialistische Metallarbeiter-Verband auch in diesem Jahre versucht hat, den christlichen Metallarbeiter-Verband als Tarifkontrahenten im Installationsgewerbe anzusehen.

Der christliche Metallarbeiter-Verband hat im Schlichtungsausschuß in freier Vereinbarung ein neues Lohnabkommen abgeschlossen, nachdem der bisherige Spitzenlohn von 1,42 M ab 1. Juli auf 1,48 M und ab 29. August auf 1,52 M erhöht wird. Die übrigen Salarien, zum Beispiel Auslöhnung, jährlicher Arbeiter erhöhen sich automatisch laut Lohnverordnungsverordnung. Die wichtigste Regelung der Lehrlingslöhne wurde auch dort vom Arbeitgeberverband abgelehnt. Die Gage jedoch ab 1. Juli erhöht.

Der sozialistische Metallarbeiter-Verband hatte ebenfalls eine Vereinbarung mit den Kölner Installationsfirmen getroffen, die aber in der ersten Periode um einen Pfennig niedriger war. Die Lehrlingslöhne, welche der sozialistische Metallarbeiter-Verband auch am 12. Juli vereinbarte, wurden tatsächlich bezahlt.

Die Vereinbarung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes wurde später durch Schlichtungsausschuß bestätigt.

Diese Kollegen haben zum Streik der Kollegen vom Deutschen Metallarbeiter-Verband geführt.

Es geht um die Anerkennung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes. Unsere Kollegen arbeiten unter den neuen Bedingungen, können aber allein die Arbeit nicht bewältigen.

Wir ersuchen daher die Kollegen, welche als tätige, selbständige Installationsfirmen in Frage kommen, in Köln Arbeit auszusuchen. Derselbe ist gefordert. Reife werden in Köln bezahlt.

Wichtig! Es handelt sich um ein selbständiges Installationsgeschäft! Einmalige Arbeiter kommen nicht in Frage!

Der Kampf im Kölner Installationsgewerbe wird nicht nur für Köln, sondern für weitere Anerkennung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes im Streik geführt.

Mit kollegialen Gruß!
Die Ortsverwaltung,
F. A. G. Pabberg.

Durch die herangezogenen Einreden werden die Christen nunmehr den wahren Sachverhalt nicht mehr verheimlichen können. Hier sind Mitglieder und somit müssen wir Vertragspartner werden! Nach über feststehenden Streit vermittelte auf Antrag der Unterzeichner der Regierungsratspräsident von Köln Verhandlungen mit dem Rheinlandschlichter. Hier wurde gesehen, daß die Christen, eine Vereinbarung getroffen: bei Nebenleistungen der Arbeit (bis am 6. d. M. erfolgte) steigt der bisherige Lohn von 1,42 auf 1,48 M, am 1. Januar 1930 steigt der Lohn um einen weiteren Pfennig auf 1,54 M, und am 1. März 1930 wiederum um einen weiteren Pfennig auf 1,58 M. Laufzeit bis Ende Juni 1930. Zu der Lehrlingsentlohnung wurde der beherrschende Standpunkt der Unterzeichner durchzusetzen, was die Befriedigung der Lehrlinge eine reine Frage der Meister sei.

Auch bei den zu diesem Ergebnis führenden Verhandlungen vor dem Rheinlandschlichter wurde von den Unternehmern immer noch versucht, die Christen hinzuzuziehen. In welcher Weise Installationsfirmen dies taten, zeigt am besten das folgende Schreiben:

F. Wolfferts, Köln,
Sanitäre Installationen,
Heizungsanlagen.
Köln, den 24. August 1929.
Sanjarung 87.

Mundlauf an die Monteure der christlichen Gewerkschaft
Die Einladung zu einer Versammlung, welche Ihrer Lohnhilfe beigefügt war, erfolgte von meiner Abteilung Lohnbuchhaltung irrtilmlicher Weise ohne Wissen der Geschäftsleitung. Der Einberufer der Versammlung ist ein Heizungsmonteur und im Betriebsrat und kommt die Versammlung nur für die Heizungsmonteure der freien Gewerkschaft in Frage.

Die christliche Gewerkschaft lädt Sie hierdurch für heute abend, 7,30 Uhr, in den Franz-Sitze-Saal am Westbahnhof ein. Sie wollen dieser letzten Einladung nachkommen.
F. Wolfferts, Köln,
F. W. gez. Unterschrift.

Jeder Kollege ersieht hieraus, wie besorgt die Firma Wolfferts für die Christlichen war. Trotz dieser engen Gemeinschaft zwischen Unternehmer und dem Christlichen Metallarbeiter-Verband gelang es nicht, die Streikenden irgendwie zu beeinflussen. Ja, im allerletzten Augenblicke versuchte der Verein Kölner Installateure nochmals den Christlichen Metallarbeiter-Verband mit zum Vertragspartner zu erheben. In diesem Zwecke sandte der Verein der Installateure folgendes Schreiben an den Deutschen Metallarbeiter-Verband:

Köln, den 3. September 1929.
Der Verein Kölner Installateure hat in seiner Vollversammlung vom 2. September 1929 beschloffen:

Der in den Vorverhandlungen vor dem Schlichter für Rheinland von letzterem mit den beiderseitigen Kommissionen getätigte Vorschlag wird angenommen unter der Voraussetzung, daß das endgültige Abkommen gleichzeitig zwischen dem Verein Kölner Installateure einerseits, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und Christlichen Metallarbeiter-Verband andererseits getätigt wird.
Verein Kölner Installateure,
gez. Weiler, Dr. Kappe.

Aber auch diese Liebesmühe war vergebens. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband gab auch in der abschließenden Verhandlung vor dem Schlichter für Rheinland am 4. September seinen berechtigten Standpunkt nicht auf. Die Christen blieben draußen. Nachträglich hat der Verein Kölner Installateure seinen Helfern im Kampf gegen die streikenden Installateure des DMB das vorbezeichnete Abkommen gnädigst aufgegeben.

Die Metallarbeiter Kölns haben durch den Kampf der Installateure allerlei neue Erfahrungen mit dem Bruder in Christo sammeln können. Hervorgehoben muß noch werden, daß wir im Wirtschaftsgebiet Kölns die weitest weiten Tarifverträge gemeinsam mit dem Christlichen Metallarbeiter-Verband gemacht haben. Bei den Installateuren hatten jedoch die Christen keine Mitglieder. Es war somit unser alter Standpunkt der richtige: eine Organisation, die keine Mitglieder hat, kann an dem Tarifvertrag nicht teilnehmen. Einig und geschlossen sind die Installateure in den Kampf getreten, ebenso einmütig und geschäftlich haben sie den Kampf mit Erfolg beendet dank der guten geschlossenen Organisation der Installateure im Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Ergebnisse der Verbandstätigkeit

Bezirk Berlin. Durch den Streik der Van- und Gelbfarberkolonnen sind die Löhne wie folgt erhöht worden:

- a) Schweißerei, Gruppe I. Bis 31. März 1930 von 1,37 auf 1,43 M, vom 1. April 1930 1,45 M die Stunde.
- b) Selbstgranulindrie, Gruppe I. Bis 31. März 1930 von 1,32 auf 1,38 M, vom 1. April 1930 1,40 M die Stunde.
- c) Rohblechbranche, Gruppe I. Bis zum 31. März 1930 von 1,32 auf 1,38 M, vom 1. April 1930 1,40 M die Stunde.

Bezirk Bielefeld. Für das Tarifgebiet der Zentralheizungsindustrie, Gruppe Leinburg-Rünster, wurde der Tariflohn für die Zeit vom 2. September bis 31. Dezember 1929 auf 1,65 M und ab 1. Januar 1930 bis 30. Juni 1930 auf 1,70 M festgesetzt. Das bedeutet gegenüber den alten Löhnen eine Erhöhung um 7 ¢, dazu die weitere Erhöhung ab 1. Januar 1930 um 5 ¢, zusammen also 12 ¢ die Stunde.

Bezirk Dresden. Bei zwei Firmen in Dresden konnten Abwehrpreise erfolgreich durchgesetzt werden, und zwar bei der einen Firma mit 40 Beteiligten nach 9 Tagen. Bei der anderen Firma, bei welcher es sich ebenfalls um Rerringerung des Affordbestandes handelte, nach 5 Wochen. In diesem Streik waren 80 Kollegen beteiligt. Auch hier wurde die beschuldigte Verschlechterung auf der ganzen Linie abgewehrt. Dagegen war ein Streik bei der Firma Wacker in Leipzig ergebnislos, obwohl er 10 Wochen dauerte. Hier konnten 50 Kollegen in Betradt, von denen nur 15 wieder eingestellt wurden, da sich inzwischen 50 Streikbrecher gefunden hatten.

Der Wandel sowie der Sozialtarif für die jährliche Metallindustrie ist auf Antrag unserer Bezirksleitung für allgemeinverbindlich erklärt worden. Diese Allgemeinverbindlichkeit ist dann herab, wenn der Lohn- oder Montiertarif abgelehnt ist.

Bezirk Hannover. Heizungsmonteure. Der Verband der hannoverschen Metallindustriellen hat die Verhandlungen vom 30. Mai den Tarifvertrag für die hannoversche Zentralheizungsindustrie zum 31. Juni. Die Kündigung begreife eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Durch langwierige Verhandlungen der beiderseitigen Tarifkommissionen ist in den letzten Tagen eine Verständigung über den Abschluß eines Tarifvertrages zustande gekommen. In den fröhlichen Affordgruppen ist eine Einigung erzielt worden. Es treten Änderungen ein bei den Preisen für große Gefäße, bei Patentlohn, bei langen Maßleistungen, bei Eisenarbeiten, bei Zentimeter, bei großen Rollen sowie bei den Entnahmen für Einrichtern der Werkstatt usw. Außerdem ist eine Erhöhung der Lohnsätze um 12 ¢ in der Spitze sowie der Aufwandsentschädigung bei Montagearbeiten erzielt worden. Die Lohnsätze betragen:

Kontiere	ab 15. 8. 1929	ab 1. 4. 1930
Hilfsmonteure im 2. Jahre	1,55	1,60
Hilfsmonteure im 1. Jahre	1,40	1,44
Helfer über 21 Jahre	1,32	1,36
Helfer unter 21 Jahren	1,13	1,17
Die Aufwandsentschädigung bei Sommerarbeiten beträgt	1,-	1,03
	ab 15. 8. 1929	ab 1. 4. 1930
in Zone 1	1,55	1,60
in Zone 2	3,10	3,20

Bei Fernanlagen mit Übernahmen beträgt die Aufwandsentschädigung 6,25 M. Der neue Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 15. August 1929 in Kraft und hat Geltung bis zum 15. August 1930.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: G.-A. 62841, 62842, 62843

Mit Sonntag dem 22. Sept. ist der 39. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. September 1929 fällig.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:
Der Schlosser Herbert Bucher, geb. am 14. Februar 1906 zu Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 5.498 221, gemäß § 22 Abs. 1c.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg:
Der Elektriker Fred. Björkholm, geb. am 12. Februar 1908 zu Hamburg, Mitgliedsbuch Nr. 5.885 507, wegen Streikbruch.
Der Feinmechaniker Oskar Kauer, geb. am 20. April 1896 zu Kößfeld, Mitgliedsbuch Nr. 6.490 724, wegen Streikbruch.
Der Elektriker Heinrich Meyer, geb. am 8. Oktober 1908 zu Hamburg, Mitgliedsbuch Nr. 6.178 552, wegen Streikbruch.

Gestohlen wurden:

Mitgliedsbuch Nr. 6.049 048, lautend auf den Eisenhobler Jakob Walter, geb. am 29. Jan. 1882 zu Kleinachsenheim (Schlingen).
Mitgliedsbuch Nr. 6.449 112, lautend auf den Hilfsarbeiter Josef Fischer, geb. am 5. August 1889 zu Ulm. (Stuttgart).

Stuttgart, Rödelstraße 16. Der Vorstandsmitglied

Zur Beachtung! • Suzug ist fernzubalten!

von Caroffierarbeitern aller Branchen nach Basel St.;
von Elektromontieren nach Hamburg (Schwachstrom) St.;
von Formern und Eisenerarbeitern nach Solingen (H. Vales & Towne früher Boge & Raften).

A = Lohnbewegung; D = Differenzen; S. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; M. = Mängel; A = Aussperrung.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln zu lassen.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Bezirk Stuttgart. Für die Elektromonteur in Württemberg ist der Mindestlohn für alle 22 Jahre alten Arbeiter und darüber um 4 ¢, für Arbeiter im Alter von 20 Jahren und darunter um 3 ¢ die Stunde erhöht worden. Für das Gebiet Stuttgart beträgt damit der Spitzenlohn jetzt 1,85 + 5 ¢ Stadtzulage = 1,90 M. Statt der bisher zwei Ortsklassen ist das Tarifgebiet in drei Ortsklassen eingeteilt worden, wobei die Tarifsätze der dritten Ortsklasse den Sätzen der bisherigen Ortsklasse II entsprechen. Die Kollegen, die jetzt der zweiten Ortsklasse angehören, erhalten durch diese Einreihung an sich eine Tarifierhöhung von 8 ¢. Dazu kommt die allgemeine Erhöhung der Tarifsätze, so daß also teilweise die betreffenden Arbeiter 11 und 12 ¢ die Stunde mehr erhalten. Gültig bis zum 1. Oktober 1930.

Durch einen Schiedsspruch für die Metallarbeiter in Oberbaden, Freiburg und Lörrach, sollten die bisherigen Tarifsätze um 3 ¢ erhöht werden. Da unsere Kollegen einen solchen Vorschlag des Schlichtungsausschusses ablehnten, erklärte er sich außerstande, einen anderen Schiedsspruch zu fällen. Deswegen war lange Zeit ein tarifloser Zustand vorhanden. Später kam eine Verhandlung mit der Unternehmervertretung zustande, es wurde dann eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach eine Erhöhung der Tarifsätze um 8 ¢ in der Spitze erfolgte. Demnach beträgt der Spitzenlohn für Gelernbe 85 ¢. Diese Vereinbarung gilt ab 1. ds. Mts. bis 30. Juni 1930. Diese Bewegung zählte 2300 Beteiligte, davon 1200 Mitglieder des DMB.

Schriftenschau

Ergebnisse der Sozialen Hygiene und Gesundheitsfürsorge Herausgegeben von den Professoren Dr. A. Grotjahn, Dr. A. Langstein und Dr. F. Kott. Band I mit 85 Abbildungen. Die Soziale Hygiene und Gesundheitsfürsorge nimmt in öffentlichen Leben heute eine äußerst wichtige Stellung ein, die Wissenschaft und Praxis ist so weit vorangeschritten, daß sich die periodische Zusammenfassung und die überfachliche Zusammenstellung der Ergebnisse und Darstellung kritischer Fragen notwendig macht. Der in der Fürsorge Tätige wird die Herausgabe der Schrift begrüßen. Preis geheftet 30 M., geb. 33 M. Verlag Georg Thieme, Leipzig O 1, Antonstr. 15/19.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.) Hamburg, Rothenbaumchauffee 20.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat August 1929	
Krankenkasse:	
Einnahmen	78230,10 M
Ausgaben	27768,70 M
Rehreinahmen	50461,40 M
Kassenbestand am 1. August 1929	899267,99 M
31. August 1929	949729,38 M
Sterbekasse:	
Einnahmen	25275,08 M
Ausgaben	20499,78 M
Rehreinahmen	4781,30 M
Kassenbestand am 1. August 1929	1.990.630,50 M
31. August 1929	1.995.411,80 M

Kollegen aller Berufsstände schützt euch und eure Familie in Krankheitsfällen vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkrankenliste ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen aber nichts bekommen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmern versichert. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungsdellen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitrag kann bei den örtlichen Verwaltungstellen jederzeit erfolgen oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.) Hamburg 13, Rothenbaumchauffee 20.“
Hamburg, im September 1929. Der Vorstand

Der britische Gewerkschaftskongress

In einer geschichtlichen Sekunde ein geschichtlich bedeutsamer Fortschritt

F. K. Die 61. Jahresversammlung der englischen Gewerkschaften fand in Belfast statt. In seine Beratungen spielte die Erinnerung an den Kongress hinein, der im Jahre 1893 in der gleichen Stadt tagte. Hierzu hat nun sicherlich auch der Umstand viel beigetragen, daß die jetzige Tagung von Ben Tillett geleitet wurde, der damals mit einigen anderen Genossen wie Keir Hardie, John Hodge, James Macdonald, John Burns und R. Clynes dem alten arg konservativ gewordenen Tradeunionismus eine neue Wendung gab. Dort begann der „Neue Unionismus“ sich zu verdichten. Und daß dieser nicht nur neu, sondern auch mächtig wirksam war, beweist die Tatsache, daß die (in der Arbeiterpartei verkörperte) englische Gewerkschaftsbewegung die Regierung des britischen Weltreiches besetzt hat.

Worin bestand nun der „Neue Unionismus“? Keir Hardie, John Burns und ein paar andere Gewerkschafter waren ins Unterhaus gewählt worden. Hier waren sie bald inne geworden, daß der politische Machthebel für die Arbeiterklasse erst Bedeutung erhalten konnte, wenn die Gewerkschaften die politischen Wahlen planmäßig förderten. Diese Erkenntnis formte Ben Tillett zu einem Antrag an den Kongress von Belfast: Eine Sonderkassette zur Unterstützung von Arbeiterkandidaten zu schaffen und die so unterstützten Kandidaten zu verpflichten, das Arbeiterprogramm zu vertreten, das von Zeit zu Zeit vom Kongress aufgestellt werden würde. Dieser Antrag wurde mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Durch das Abstimmungsergebnis ermutigt, beantragte Ben Tillett weiter, daß in dem Arbeiterprogramm der Grundsatz des Gemeinschaftsbesitzes wie die Kontrolle aller Produktions- und Verteilungsmittel aufgenommen werde. Auch dieser Antrag fand die Zustimmung des Kongresses.

Das war nichts weniger als ein Bekenntnis zum Sozialismus — ein gewaltiger Fortschritt für den im Irrgarten des Manchesteriums hilflos herumirrenden Tradeunionismus. Ob des kühnen Beschlusses scheint es der Mehrheit gleich schwabbelig geworden zu sein. Denn sie lehnte bald darauf den Antrag Keir Hardies ab, daß die Arbeiterabgeordneten mit keiner der alten Parteien verbunden sein dürften, sondern zu jeder der bürgerlichen Regierungen in Opposition zu bleiben hätten. Demnach wollte der Kongress zwar besondere Arbeiterabgeordnete, aber keine unabhängige Arbeitervertretung. Dabei ist es noch lange geblieben. Noch im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts konnte man auf internationalen Kongressen englische Gewerkschaftsvertreter finden, die sich stolz als Unterhausmitglieder vorstellten, dem aber stark betonend beifügten, sie seien liberal oder konservativ, was heißen sollte, keine Sozialisten.

Durch den Kongressbeschluss von Belfast waren die alten Tradeunionisten noch keineswegs für den „Neuen Unionismus“ gewonnen. Die Schaffung der Kasse für die Unterstützung von Arbeiterkandidaten blieb auf dem Papier stehen und die im Kielwasser der liberalen oder konservativen Partei schwimmenden Gewerkschaftsführer ließen es an Widerstand gegen den „neuen Unsinn“, gegen die sozialistischen Grundsätze nicht fehlen. Um deren Verfechter den Kongressen fernzuhalten, wurde das Statut geändert.

Viel fruchtete das indessen nicht mehr. Denn der Neue Unionismus Bresche auch von der organisatorischen Seite das Gebäude des konservativen Tradeunionismus. Er hatte bis dahin nur aus den gelernten Leuten, den Aristokraten der Arbeiterschaft bestanden. Um die Lazarusse des Proletariats, um die Tagelöhner hatte er sich nicht sonderlich gekümmert. Ben Tillett war seit dem großen Hafenarbeiterstreik von 1889 eifrig dabei, die Transportarbeiter, Fabriktagelöhner und die sonstigen Gruppen der Ungelernten zu organisieren. Die hochgehende Flut war bei diesem Werk. Hier fiel der sozialistische Gedanke auf fruchtbareren Boden. Von der ungelernten Masse bekam der Tradeunionismus nicht nur starken zahlenmäßigen Zuwachs, sondern auch viele Träger des neuen Gewerkschaftsgedankens.

Daß der Neue Unionismus gewaltiges in der kurzen Zeit von einigen Jahrzehnten vollbracht hat, lehrt ein Vergleich von damals und heute. Die englischen Gewerkschaften sind heute die Träger der britischen Regierung. Nicht einer Regierung von Dutzendmaß, sondern einer Regierung, die die Herzen höher schlagen und die Ohren aufhorchen läßt. Vor ein paar Monaten wurde in diesen Spalten schon gesagt, daß sich die Konservativen wie die Liberalen lange und reiflich überlegen würden, die Arbeiterregierung zu stürzen, obgleich nur eine Minderheit des Unterhauses hinter ihr steht. Hieran wird heute wohl kaum noch jemand zweifeln.

Wo die Minister der Arbeiterregierung erscheinen, haben sie das Ohr der Weltöffentlichkeit. Die fortschrittliche und kriegsfeindliche Welt baut auf sie. Ihre hohe moralische Kraft quillt gutentens aus der Tatsache, daß sich unter ihnen kernfeste Männer befinden, die sich lieber verleumden, verteidigen, verdammen lassen, als ihren Widerstand gegen den Krieg aufzugeben. Was Wunder, daß Männer von solcher Überzeugungstreue universelles Ansehen genießen. Und was daran ja noch fehlen sollte, bemühen sie sich zu schaffen. In die Schwatzbude von Genf haben sie sofort einen frischen Luftzug gebracht. Die diplomatischen Windmacher des Völkerbundes haben in Sachen der Völkerverständigung nun endlich Farbe zu bekennen. Wie lange oder wie kurz immer die Regierung der englischen Gewerkschaften am Ruder bleiben wird, eins ist gewiß, sie wird die Sache der Völker wie der Arbeiter ein Stück vorwärts bringen. Es ist eben nur noch einer sozialistischen Regierung möglich, die Sehnsucht der Menschheit zu erfüllen.

Das gilt im besonderen auch für die englische Innenpolitik. Während die Welt die außenpolitischen Handlungen der Arbeiterregierung gespannt verfolgt, wird daheim in England fleißig auf die Lösung der so schwierigen Wirtschafts-

probleme geschäft. Für diese hatten die früheren bürgerlichen Regierungen nichts wie alberne Sprüche. Was da gesündigt oder vernachlässigt worden ist, bestrebt sich die Arbeiterregierung wieder gut zu machen. Wenn nicht sie, welche Regierung könnte das fertigbringen? In diesen Tagen ist man schon dabei, die total zerrüttete Kohlenindustrie, das Schmerzenskind der englischen Wirtschaft, durch Zusammenschlüsse der Zechen, Bildung von Bezirks- und Reichskassen, der Kohlenindustrie zur Unterstützung der ungünstigen Bezirke, durch Organisation des Verkaufs und anderes mehr gedeihlich zu machen. Und außer dieser Riesenaufgabe werden gleichzeitig noch zahlreiche andere zu erfüllen gesucht.

Die Tatsache, selbst an der Regierung zu sein, ändert natürlich die Aufgaben des Gewerkschaftskongresses, dies insofern, als er weniger Zeit der Kritik an der Regierung widmet, als der großen aufbauenden Arbeit. Das zeigte sich schon in der Eröffnungsrede des Präsidenten Ben Tillett. Ihr größter Teil galt der wirtschaftlichen Reorganisation, nämlich der Einreihung der Arbeitslosen in die Warenerzeugung, der Erschließung neuer Absatzmärkte, und schließlich vor allem der Zusammenfassung Englands mit seinen Tochterstaaten zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet. Einige dieser Forderungen hat der Kongress zu Entschlüssen verdichtet.

Aus der Fülle der Einzelfragen, die den Kongress beschäftigten, mögen immerhin zwei hier erwähnenswert sein. Die eine wird deutlich durch das Stichwort: Eine Industrie — ein Verband! gekennzeichnet. Es ist dies die auch in Deutschland nicht ganz unbekannt Frage der Industrieverbände, die in England eine noch unendlich größere Notwendigkeit darstellt, weil dort die Gewerkschaftsbewegung in etwa 1100 (elfhundert) Verbänden und Vereinen geschachtet ist. In der Metallindustrie allein gibt es zum Beispiel nicht weniger als 220 selbständige Verbände. So krämerhaft, wie noch ein Teil der Industrie Englands, ist auch seine Gewerkschaftsbewegung organisiert. Die Verschmelzung hat schon etliche Kongresse beschäftigt, ohne viel vorwärts gekommen zu sein. Diesmal beantragten die Bergleute, einen Ausschuß zu ernennen, der die Reorganisation auf der Grundlage: für jede Industrie einen Verband behandeln soll. Dagegen wandte sich der Sekretär des Verbandes der Ungelernten, aber auch der Vertreter der Maschinenbauer, Brownlie und einige andere. Der erste befürchtete, seine Mitgliedschaft unter die verschiedenen Industrieverbände aufteilen zu müssen, der zweite verlangte, ihm erst einmal bestimmt zu sagen, was man unter einer Industrie verstehe. Schließlich wurde der Antrag mit 1 923 000 gegen 1 608 000 Stimmen abgelehnt.

Die andere Sache ist die „Unheilige Gemeinschaft“ (unholy alliance). Was darunter zu verstehen ist, läßt sich in ein paar Sätzen sagen. In England finden seit Jahr und Tag Konferenzen des Gewerkschaftsrats und einer Industriellengruppe statt, die das Haupt des Chemietrusts, Mond-Melchett, zum Führer hat. Es sollen gemeinsam die Lösung großer Wirtschaftsfragen erörtert und Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern friedlich-schiedlich zu regeln versucht werden. Die Leitung der Gewerkschaften kam zu dieser „Unheiligen Gemeinschaft“ nach dem großen erfolglosen Ausstand der Bergleute, als sich dieser in den Verbandskassen und in der Stimmung der Mitglieder sehr unangenehm bemerkbar machte. Die beiden anderen Unternehmerorganisationen, auf die es in solchen Dingen vor allem ankommt, lehnten es ab, mit den Gewerkschaften zusammen zu kommen. Schon diesen Umstand halten viele Gewerkschafter als eine günstige Gelegenheit, die gemeinsamen Konferenzen zu beenden. Sie suchten dafür den Kongress durch einen Antrag zu gewinnen, den Tomkins von den Möbelschreibern und Brownlie von den Maschinenbauern begründeten. Allein, sie vermochten die Mehrheit nicht für ihren Antrag zu gewinnen. So werden denn die Konferenzen mit der Mond-Melchett-Gruppe noch eine Zeitlang gepflegt werden. Es wird daraus für die englischen Gewerkschaften weiter nichts sprießen, als was daraus in allen anderen Ländern gesprossen ist.

Alles in allem: die Verhandlungen des Kongresses wurden beherrscht von einer zuversichtlichen Stimmung und einer eindrucksvollen Ruhe, die ein Zeichen der Kraft ist. Begreiflich. In der Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes, der niederdrückenden Arbeitslosigkeit und der Aussichtslosigkeit wirtschaftlicher Kämpfe waren die Gewerkschaften zum Abwarten, zum Bescheiden gezwungen. Für sie aber gibt es keine Mußezeit, keine Kampfpause. Wenn die Tätigkeit auf dem einen Gebiet mal aussichtslos geworden ist, muß eben das Gebiet gewechselt werden, müssen, wie in diesem Falle, die Kräfte vom wirtschaftlichen aufs politische Feld übertragen werden. Das haben die englischen Gewerkschaften in den letzten Jahren getan. Sie haben ihren Eifer auf die Stärkung des politischen Machthebels gerichtet, um mit diesem die schlimmsten Missetaten und das dickste Gestrüpp auf dem wirtschaftlichen Felde wegzuräumen, damit auch hier wieder der wirtschaftliche Hebel mit mehr Erfolgsaussicht angesetzt werden kann.

Die Stärkung des politischen Machthebels ist trefflich gelungen, der prächtige Sieg der Arbeiterpartei beweist das. Wie lange diese auch an der Regierung sein mag, die englischen Gewerkschaften werden einen mächtigen Ruck vorwärts kommen und manche nützliche Lehre für ihren weiteren Weg gewinnen. Sie haben in den 36 Jahren, die zwischen den beiden Kongressen von Belfast liegen, in dieser geschichtlichen Sekunde ein geschichtlich hoch bedeutsames Stück des Weges zu ihrem hohen Ziele zurückgelegt. In den nächsten 36 Jahren wird dieses Wegstück bestimmt noch bedeutsamer sein.

Der Schuhfabrikant Bata gekennzeichnet

Seit Jahren läßt der große tschechische Schuhindustrielle Bata bei Angriffen gegen ihn seine Arbeitsmethoden durch Juristen untersuchen, ob vielleicht in den Beschuldigungen Auslassungen vorkommen, die es möglich machen, den Verfasser oder das betreffende Blatt strafrechtlich zu verfolgen. Daß er sich auf solche Praktiken verlegt, anstatt die Ausführungen über die schlechten Arbeitsverhältnisse in seinem Unternehmen zu widerlegen, zeigt bereits, wie schlecht es mit seiner Sache bestellt ist. Auf Grund der oben erwähnten Methode hat Herr Bata bereits mehrere Prozesse geführt und dabei nach Möglichkeit für seine Fabrik und seine Ware zu werben. Einer dieser Prozesse richtete sich gegen das aufsehenerregende Werk des Journalisten Philip: „Der unbekannt Diktator Thomas Bata“, in dem die jämmerlichen Zustände in den Bata-Betrieben beschrieben werden.

Der „sittlichen Entrüstung“ von Bata ist nun endlich ein Ziel gesetzt worden. Nachdem die Verbreitung des Buches von Philip während einiger Zeit verboten war, hat der Gerichtshof von Berlin nun die Sache behandelt und ein Urteil gefällt, demzufolge das Buch unter der Bedingung freigegeben wurde, daß ein paar Sätze und Titel unlesbar gemacht werden. Gleichzeitig wurde bestimmt, daß der Fabrikant Bata 90 vH der Prozeßkosten zu bezahlen hat, da sich die wichtigsten Beschuldigungen als wahr herausstellten. Es ist zu hoffen, daß dieses Urteil dazu beitragen wird, den Widerstand gegen die Praktiken des Herrn Bata zu stärken und gleichzeitig eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in seinen Betrieben herbeizuführen.

Die Steigerung der Reallohne in Schweden

Schweden gehört zu den wenigen Ländern, in denen die Reallohne in der Nachkriegszeit gestiegen sind, ja die Reallohnsteigerung in diesem Lande war zweifellos die größte in Europa. Eine kürzlich erfolgte amtliche Veröffentlichung teilt die Jahresverdienste der schwedischen Arbeiter mit. Diese Erhebung erstreckt sich auf fast 300 000 Arbeiter. Der durchschnittliche Jahresverdienst der schwedischen Arbeiter betrug 1928 2421 Kronen gegen 1091 Kronen im Jahre 1913, eine Steigerung um 122 vH. Der Jahreslohn der erwachsenen Arbeiter stellte sich auf 2698, der der Arbeiterinnen auf 1639 und der der Jugendlichen auf 1033 Kronen. Die Steigerungssätze gegenüber der Vorkriegszeit betragen 117, 152 und 113 vH. Die Lebenshaltungskosten waren im Jahre 1928 um 71 vH höher als 1913, so daß eine Erhöhung des Reallohns um 30 vH gegenüber der Vorkriegszeit in Erscheinung tritt. Die Realkaufkraft der Stundenlöhne ist sogar um 60 vH größer als vor dem Kriege; infolge der Verkürzung der Arbeitszeit erfolgte aber nur eine 30prozentige Steigerung der Kaufkraft der Arbeiterschaft. Besonders erheblich war die Lohnsteigerung für die in der Vorkriegszeit außerordentlich schlecht bezahlten weiblichen Arbeitskräfte.

Die Arbeitszeit der Beamten

Bn. Das Internationale Arbeitsamt veröffentlicht das Ergebnis einer Umfrage bei den Regierungen über die Arbeitszeit der Beamten. Danach beträgt die wöchentliche Arbeitszeit bei den Zentralbehörden in Spanien 30 Stunden, in Frankreich 42 Stunden, in England 42 bis 44 Stunden usw. In Deutschland wird, soweit es sich um die Reichszentralbehörden handelt, 51 Stunden gearbeitet, bei den preußischen Zentralbehörden 48 Stunden. Dagegen haben selbst Polen und Jugoslawien eine nur 40stündige wöchentliche Arbeitszeit. Angesichts dieser Tatsachen und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß England jetzt bereit ist, auch das Washingtoner Abkommen aus dem Jahre 1919 zu ratifizieren, sollte man annehmen, daß die deutsche Reichsregierung die seinerzeit aufgestellten Richtlinien zur Regelung der Dienstzeit der Reichsbeamten entsprechend abändert.

Aus Sowjetrußland

Bedenken gegen die „Säuberung“

Der Trud bringt jede Woche unter der Überschrift: „Worüber man sich in der Werkstatt unterhält“, eine Reihe von Anfragen aus Arbeiterkreisen, die sich auf Dinge beziehen, die gerade zurzeit die Arbeiterschaft am meisten bewegen. Gegenwärtig ist bekanntlich eine große „Säuberung“ des gesamten Behördenapparats der Sowjetunion von Personen, die als „regenerativ“ oder „klassenfremd“ angesehen werden, eingeleitet worden. Aus diesem Anlaß geht der Schriftleitung des Trud von einem gewissen Loktjew aus Rjasan folgende Anfrage zu:

„Bei der Säuberung des Apparats sollen Zehntausende von Angestellten entlassen werden. Wird das nicht zu einer Verschlechterung der Arbeit der Behörden führen und nicht eine Steigerung des Bürokratismus nach sich ziehen?“

Diese Frage ist zweifellos sehr berechtigt und beweist, daß man in Arbeiterkreisen die deutliche Empfindung hat, daß durch die „Säuberung“, bei der natürlich persönliche Erwägungen der maßgebenden Stellen eine sehr starke Rolle spielen, aus den Betrieben und Behörden vielfach auch wertvolle Arbeitskräfte entfernt werden, nur weil ihre tatsächliche und angebliche politische Einstellung sie als einen „Fremdkörper“ im Sowjetsystem erscheinen läßt. Auf die Anfrage erteilt die Schriftleitung des Trud (Nr. 122) folgende Antwort:

„Bei der bevorstehenden Reinigung des Apparats ist in der Tat beabsichtigt, aus allen Behörden und Regierungsstellen ungefähr 100 000 Faupelze, Bürokraten und klassenfremde Personen, die entweder nicht arbeiten wollen oder nicht arbeiten können, zu entfernen. Dabei muß man drei verschiedene Arten von solchen untauglichen Personen unterscheiden: 1. Offensichtliche Schädlinge, unverbesserliche Faupelze und Personen, die mit den Neureichen und den Kulaken auf das engste verwachsen sind. Diese Leute werden aus der Behörde, in der sie tätig sind, entfernt und ihnen wird das Recht aberkannt, wieder in irgendeiner anderen Behörde einzutreten. 2. Solche Leute, die durch Protektion mit Hilfe von „Empfehlungszetteln“ in die Behörden hineingekommen sind. Von diesen ist zu sagen, daß Angestellten, die ihr Ansehen in einer Behörde untergraben haben, das Recht, in anderen Behörden angestellt zu werden, nicht genommen werden soll. Schließlich gibt es noch eine dritte Gruppe von schlechten Arbeitern, die mit den ihnen zugewiesenen Aufgaben nicht fertig werden. Diese müssen auf einen andern Posten, der weniger Ansprüche an sie stellt, versetzt werden. Somit ergibt sich, daß längst nicht alle 100 000, die zur Entlassung kommen, vollständig aus dem behördlichen Apparat entfernt werden sollen. Außerdem hat man schon mit einer ersten und verantwortungsvollen Arbeit begonnen: mit der Vorbereitung und Anlernung von Personen, die aus dem Arbeiterstand aufgerückt und die die untauglichen Personen in den Behörden zu ersetzen berufen sind. Bevor eine ausreichende Zahl solcher Arbeiter die erforderliche Ausbildung erhalten hat, darf aber in keiner einzigen Behörde mit der Säuberung begonnen werden.“

Die letztere Meinung, die dahin geht, daß man mit der Ausbildung von Arbeitskräften, die aus der Arbeiterschaft aufgerückt sind, bereits recht weit gekommen sei, widerspricht zahlreichen anderen Meldungen des Trud, die im Gegenteil besagen, daß man gar nicht über eine ausreichende Zahl von geeigneten Personen verfügt und daß auch vielfach nicht abgewartet werden ist, bis geeignete Personen herangebildet sind, sondern aus irgendeinem Grunde unliebsame Angestellte Hals über Kopf auf die Straße gesetzt werden, wovon den Behörden gerade die Nachteile erwachsen, die in der Anfrage des Arbeiters aus Rjasan angedeutet werden.

Die gemütliche Revolution

Als am 14. Juli Frankreich den 140. Geburtstag seiner großen Revolution, den Jahrestag des Sturms auf die Bastille feierte, haben geschichtskundige Leute zutreffend daran erinnert, daß dieses Ereignis nicht minder als die „Taten“ so mancher Fürsten von der Überlieferung umgeben und übertrieben worden ist. Wohl war die Bastille ein aus dem Mittelalter stammendes finsternes Bauwerk (1383 vollendet) mit furchtbaren unterirdischen Kerkern. Aber 1789 waren die Zeiten längst vorüber, da jemand in jene feuchten Grabkammern gestiegt, ja da die Bastille überhaupt noch viel benutzt wurde. Nicht mehr als 7 Gefangene holte man am 14. Juli 1789 heraus, wovon 4 wegen Wechselfälschung und ähnlicher Straftaten saßen. Einer davon war allerdings wahnsinnig, aber nicht — wie die revolutionäre Legende erzählt — infolge langer Haft und Kerkerqualen. Denn dergleichen gab es in der Bastille schon längst nicht mehr. Im Gegenteil, die Häftlinge, gleichgültig ob adlig oder bürgerlich, ob aus politischen oder strafrechtlichen Gründen festgesetzt, wurden auf des Königs (das heißt des Volkes) Kosten sehr gut verpflegt. So sind zum Beispiel dem pariser Portierssohn Tabernier, einem der 7 Befreiten, in dem einen Monat Mai 1789 nicht weniger als 62 Flaschen Wein, 31 Flaschen Bier und 4 Flaschen Schnaps auf Staatskosten geliefert worden. Es stimmt schon, daß er sich nicht auf den Weinen halten konnte, als man ihn auf die Straße brachte. Aber das dürfte mehr eine Folge des reichlich genossenen Alkohols als überstandener Torturen gewesen sein. Auch die bekannte Frau von Staël bezeichnet die in der Bastille verbrachten Monate als „die angenehmste Zeit ihres Lebens“.

Zudem geschah die Erstürmung der Bastille aus sehr klugen, aber rein strategischen Gründen: sie war die einzige Stelle in Paris, die einem etwa anrückenden königstreuen Heer als Stützpunkt hätte dienen können. Überdies war sie sehr schwach besetzt, nur von 33 Mann der schweizer Leibgarde des Königs und 82 Invaliden. Bedinglich der Kopfschlagigkeit des Kommandanten ist es zuzuschreiben, daß es überhaupt zu Schießereien kam, die dann ein paar hundert Revolutionäre das Leben kosteten.

Wir, die Revolutionäre von heute, haben keinen Grund, diese historische Wahrheit zu verschweigen oder zu bemänteln. Mag das Ereignis an sich bei genauer Betrachtung sich sehr viel kleiner darstellen, als es die spätere Überlieferung gemacht hat, wahr bleibt darum doch, daß es gewaltig zündete, weil die Volksmassen die Bastille als ein Wahrzeichen der königlichen Despotie empfanden; wahr bleibt doch, daß es die erste große Tat einer wirklichen Revolution gewesen ist; wahr bleibt doch, daß die Begeisterung, die von ihr ausströmte, hingereicht hat, um eine alte, überlebte Welt in Trümmer zu schlagen und eine neue aufzubauen. Das Feudalsystem, die Adelsherrschaft ging 1789 in Frankreich zugrunde, der bürgerliche Staat, der Kapitalismus trat offen die Herrschaft an. Deshalb leben die Ereignisse, die 1789 in Paris begannen, in der Geschichte mit Recht unter dem Namen der großen Revolution fort.

Vielen Anlaß haben wir, mit ihnen die deutschen Vorgänge von 1918 und 1919 zu vergleichen, die man ja auch eine Revolution zu nennen pflegt. Aber ach, der Vergleich fällt sehr zu unseren Ungunsten aus. Denn überhaupt, so wird man das, was vor 10 und 11 Jahren in Deutschland geschah, höchstens als eine gemütliche Revolution bezeichnen können.

Damit meine ich nicht die Tatsache, daß vielleicht weniger Blut geflossen ist. (So sehr wenig wars übrigens gar nicht. 1919, 1920 und später ist gerade genug gemordet worden.) Aber die deutsche Revolution hat sich mit der Beseitigung der Fürsten begnügt und hat im Kampf über diesen Erfolg gerade die Dinge und Zustände unverändert gelassen, auf deren Umsturz alles ankommt; zu deren grundsätzlicher Umwälzung die Flucht der Fürsten nur die Einleitung hätte sein müssen.

Das ist schnell besessen. Am 140. Jahrestag des Bastillesturms hat der aus früheren ähnlichen Arbeiten bekannte ehemals kaiserliche Regierungsrat Rudolf Martin eine Studie über „Die reichsten Leute in Deutschland“ veröffentlicht, die er mit den Worten abschließt:

„Eine wesentliche Veränderung des Vermögens der reichsten Millionäre und ihrer Reihenfolge ist (durch die Revolution) nicht eingetreten.“

In der Tat, nach Martins Angaben ist der reichste Mann in Deutschland immer noch der gewesene Kaiser Wilhelm II. Sein Vermögen besteht fast vollständig in Grundbesitz innerhalb des Deutschen Reiches. Er besitzt fast 300 000 Morgen, weiß Wälder, und überaus wertvolle Schlösser und Parkanlagen. 300 000 Morgen sind fast wie rund 766 000 Quadratkilometer. Das ganze Deutsche Reich einschließlich der Gewässer umfaßt ungefähr 11 100 000 Quadratkilometer. Daraus hat also Wilhelm der Hohenzoller beinahe den fünfzehnten Teil in seinem Privatbesitz! Den Wert dieses Grundbesitzes (wie es scheint, außer den Schlössern und dem beweglichen Vermögen) schätzt Martin auf nicht weniger als 500 Millionen Mark.

Als zweiter in der Reihe der Reichen folgt der in Regensburg wohnende Fürst Albrecht von Thurn und Taxis. Sein Grundbesitz ist noch viel größer als der des Hohenzollers, aber er liegt zum großen Teil nicht in Deutschland. In Deutsch-

land, Österreich und Polen besitzt er insgesamt 495 000 Morgen (1 264 000 Quadratkilometer). Trozdem — aus Gründen der Bewertung des Grund und Bodens — kann sein Vermögen „nur“ auf 370 Millionen Mark bemessen werden.

Den nächsten Platz nimmt Frau Bertha Krupp v. Bohlen und Halbach ein, die durch den Krieg ernstlich verarmt ist. Während sie 1914 noch 320 Millionen besaß, die ihr jährlich etwa 21 Millionen Mark einbrachten, muß sie sich jetzt mit 200 Millionen, also rund 14 Millionen Mark Jahres-einkommen kümmerlich durchschlagen.

Fritz Thyssen nun gar besitzt keinen Pfennig mehr als 140 Millionen und sein Bruder „Baron“ Heinrich Thyssen mag mit lumpigen 60 Millionen am Hungertuch. Nicht viel besser geht es Herrn Otto Wolff (130 Millionen) und dessen Geschäftsteilhaber Dittmar Strauß (70 Millionen).

Johann Fürst zu Hohenlohe-Schillingen hat 125 Millionen. Hier erfahren wir einmal so nebenbei, woher derartige Vermögen stammen. Allein in Oberbayern besitzt dieser Herr rund 170 000 Morgen (das heißt 434 000 Quadratkilometer). „Infolge der Entwicklung der Kohlen- und Zingewinnung auf seinem Grund und Boden stieg das Vermögen (das der jetzige Herr geerbt hat) von 45 Millionen Mark im Jahre 1895 auf 154 Millionen Mark im Jahre 1911.“ Dergleichen also und Metallarbeiter haben jene 110 Millionen Mark in harter Arbeit von 16 Jahren geschaffen; zugute aber kommen sie der Familie des Besitzers.

Noch eine Reihe weiterer Hundertmillionäre in Deutschland zählt Martin auf: den Fürsten zu Fürstberg mit 122 000 Morgen Grundbesitz und 120 Millionen Mark Vermögen; den Fürsten Hensel v. Donnerstorf mit 115 Millionen Mark, dazu ein Bruder mit 75 Millionen; den Fürsten Pleß mit 110 Millionen; den Prinzen Heinrich von Preußen mit 105 Millionen und als letzte, ärmlichste von allen eine Frau Dr. Pagenstecher, Verwandte der Panik und der belgischen Coderill, die sich mit ihren bescheidenen 100 Millionen Mark neben den anderen beinahe gar nicht sehen lassen kann.

Das sind nur 14 Personen oder Familien, und sie besitzen insgesamt nicht weniger als 2220 Millionen Mark Vermögen. Der denkende Sozialist weiß, was darin für ein Sinn liegt. „Vermögen“ bedeutet ja nichts anderes als der Anspruch auf den Ertrag von anderer Leute Arbeit. Er bildet das Merkmal, den innersten Wesenskern der kapitalistischen Wirtschaft und damit die Ursache, den Springquell, woraus die entsetzlichen Leiden der arbeitenden Massen immer aufs neue entstehen. Auf der einen Seite Millionen von Arbeitslosen, denen ihre 66 monatlicher Unterstützung noch gekürzt oder ganz weggenommen werden sollen; dazu winzige Löhne auch für die, die noch beschäftigt sind; auf der anderen Seite eine Handvoll Auserwählter, die sich in märchenhaftem Reichtum walzen, das ist das Kennzeichen unserer Zeit heute so gut wie vor dem Krieg und der Revolution. Ungehäufte Kleinere haben außer Leben und Gesundheit auch ihre sauer ersparten Großen hergeben müssen; den Großen haben weder Krieg noch Revolution etwas geschadet: eine wesentliche Veränderung ihres Vermögens und ihrer Reihenfolge ist nicht eingetreten.“ Die deutsche Revolution war so zartfühlend, so gemüthlich, ihnen ihren Anspruch auf arbeitslose Einkommen aus anderer Leute Taten unaufgefordert zu lassen. Deshalb hat sie bis jetzt noch kein neues Zeitalter heraufgeführt, deshalb war sie keine große, sondern eine gemüthliche Revolution.

Schiebungen und Bestechungen auf einem Stahlwerk

Wie in der Großindustrie unter den führenden Beamten und Angestellten gegenseitige Schiebungen und Bestechungen betrieben werden, erhellt aus einer Klage vor dem dortumher Arbeitgericht, die der Betriebsdirektor Rißke gegen seine früheren Arbeitsgeberin, die Gewerkschaft Reichhammer, die den Vereinigten Stahlwerken UG. angehört, wegen Zahlung eines Vierteljahresgehältes anhängig gemacht hatte.

Dieser Betriebsdirektor war bis zum 1. Januar 1920 mit der Leitung des Stahlwerkes beauftragt und wurde an diesem Tage schließlos entlassen, weil, wie ein Vertreter der Beklagten vor Gericht ansführte, „es eben nicht mehr ging“. Von dem Werk verjagte man, die Angelegenheit unter den Beteiligten zu regeln, um sie nicht in die Öffentlichkeit zu bringen; man bot Rißke eine Entschädigung von 2000 M., er verlangte 5000 M. So mußten denn die Beiden aufmarchieren, aus denen der Richter die Aussagen buchstäblich mit der Zunge herausschalen mußte.

So sagte der Formermeister S. aus: Zur Zeit der Robembert-Anspernung, während der Reichhammer das einzige Werk war, das seinen Betrieb nicht stilllegte, sei der Betriebsdirektor mit der Förderung an ihn herangekommen, dem Generaldirektor Sonnen gegenüber um 500 M. höhere Produktionsangaben zu machen! Denn, so habe Rißke gesagt: „Das können Sie ruhig machen; der Generaldirektor will ja nur Zahlen hören, der prüft das doch nicht nach!“

Einige Sachverständigen, die für das Werk Rohprodukte und Halb-fabrikate geliefert hatten, erklärten, daß der Betriebsdirektor

bei Aufträgen jeweils „einige tausend Mark als Vermittlungs-geld“ für sich gefordert habe.

Bei den Abrechnungen der Rechtsvorgängerin der Gewerkschaft Reichhammer, der sogenannten „Eisen- und Drahtwerke“, tra er an den Hauptbuchhalter des Werkes heran: „Wir müssen bei der Sache ordentliche Verbienste für uns herauskriegen. Abbruch ist Abbruch. Es müssen eben falsche Buchungen gemacht werden. Sie müssen als alter Buchhalter doch wissen, wie das buchhalterisch zu machen ist. Das geschieht auf anderen Werken ja auch so!“ Dieser Fall wurde in der Gerichtsverhandlung leider nicht geklärt, der Buchhalter behauptete, das Anstehen „mit Entrüstung“ abgemiesen zu haben. Tatsache ist jedenfalls, daß der Betriebsdirektor einige Autos, die dem Werk gehörten, verkauft und den Gewinn mit dem Buchhalter geteilt hat.

Außerküchlich vor allem war die Aussage eines Angestellten über die Produkte des Betriebes zu verkaufen hatte und neben feinen festen Gehalt von den Verkäufen noch Provisionen bezog; der Betriebsdirektor sei vor einem Jahr zu ihm gekommen und habe gesagt: „Sie wissen, daß ich Ihnen Schwierigkeiten machen kann. Ich bin aber bereit, Ihnen den ganzen Verkauf zu übertragen, wenn Sie mir monatlich die Hälfte Ihrer Provision überlassen!“ Der Angestellte war dazu bereit, wenn er als Entschädigung dafür monatlich 200 M. Gehaltszulage erhielte. Das wurde ihm bewilligt, außer dem erhielt er für „besondere Tätigkeit“ an einem Tage 10 000 M. auszubezahlen! — Leider verzögerte der Richter nicht festzustellen, worin diese „besondere Tätigkeit“ bestand; der Angestellte hat nämlich, ihm hierüber die Aussagepflicht zu erlassen.

So schmerte und beßteht einer der höheren Angestellten bei anderen, alles auf Kosten des Betriebes, und es ist wirklich kein Wunder, daß der an sich gut fundiert gewesene Betrieb Anfang des Jahres in Konkurs ging, wobei tausende Arbeiter hrolos wurden. Es ist bezahlbar nur ein billiger Trost, daß die Gehaltsfrage dieses Betriebsdirektors gegen die Konkursmasse festempfindlich abgewiesen wurde, da, wie das Gericht feststellte, grobe Pflichtverletzung vorliege, die eine fristlose Entlassung rechtfertige.

Ein bereiter Beitrag zur „Notlage der Industrie und ihrer Führer“!

Die Einkommensstufen der deutschen Bevölkerung

Die soziale Schichtung der deutschen Bevölkerung läßt sich sehr gut aus der Gliederung nach Einkommensgruppen studieren. Von 27 Millionen Erwerbstätigen, die von der Steuerstatistik erfaßt werden, sind 23,25 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger; die dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterliegen. Davon hatten 16,80 Millionen keine steuerpflichtigen Einkommen, heißt höchstens 1200 M. jährlich. Wegen Familienermäßigungen neben dem steuerfreien Mindestlohn waren 860 000 ebenfalls steuerfrei. Im Durchschnitt hatte die letzte Personengruppe ein Durchschnittseinkommen von 1877 M. Die verbleibenden 12,49 Millionen hatten ein Gesamteinkommen von 25,08 Milliarden Mark. Das Durchschnittseinkommen belief sich hier auf 2006 M. Von dieser letzten Gruppe hatten 188 000 Gehaltsempfänger ein Jahreseinkommen von über 8000 M.

Die zweite große Gruppe der Einkommensstufen wird von den Erwerbstätigen gebildet, die zur Steueranmeldung herangezogen werden. Im Jahre 1926 hatten 3,76 Millionen Steuerpflichtige den letzten Art ein Einkommen von 12,6 Milliarden Mark. Aus Land- und Forstwirtschaft stammten 1,94 Milliarden Mark der Einkünfte, aus Gewerbebetrieben 7,87 Milliarden Mark, aus selbständiger Berufsarbeit 0,98 Milliarden Mark und aus Gehältern der Festbesoldeten mit einem jährlichen Einkommen über 8000 M. mit 1,85 Milliarden Mark, der Rest verteilt sich auf die Einkünfte aus Kapitalvermögen, Vermietung, Verpachtung usw.

Von den Steuerpflichtigen, die zur Veranlagung herangezogen werden, hatten 46,81 M. ein Einkommen bis 1600 M., 29,18 M. ein solches von 1600 bis 3000 M. Insgesamt haben 91,81 M. bei veranlagten Steuerpflichtigen ein Einkommen unter 8000 M., 7,84 M. haben ein Einkommen von 8000 bis 50 000 M. und nur 0,85 M. übersteigt sich eines Einkommens von über 50 000 M. im Jahre. Insgesamt besagen diese Zahlen, daß der übergroße Teil der deutschen Bevölkerung ein sehr niedriges Einkommen bezieht. Dies zeigt vielleicht gerade hin, sich lieblich durchzuschlagen.

Gepölnetes Landproletariat

Die Landpost (Magdeburg) bringt in Nr. 82 weitere Bemerkungen für die Rückständigkeit der Menschenbehandlung in der deutschen Landwirtschaft.

Auf dem Rittergut in Glöthe werden die Landarbeiter reichlich mit Ohrfeigen bedacht. Nicht nur, daß man an jugendlichen Landarbeitern seine Kräfte ausprobieren, auch Familienväter werden nicht verschont. Außerdem werden die Landarbeiter noch mit den gemeinsten Redensarten beschimpft. — Der Gutbesitzer G. H. junior in Werkeß bringt es fertig, einem Familienweiber von fünf kleinen Kindern einen Lohn von jage und schreibt 50 M. für die ganze Woche anzubieten. Er macht dabei Abzüge vom Lohn, die keineswegs berechtigt sind.

Der Gutinspektor W. in Bisdorf bringt seine Sympathie Mitgliefern des Deutschen Landarbeiter-Verbandes gegenüber bemittelt zum Ausdruck, daß er einen nach dem andern fristlos entläßt. So hat er in ganz kurzer Zeit drei Arbeiter fristlos entlassen. Der letzte Fall ist besonders kraß. Der organisierte Arbeiter ließ sich nicht alles bieten. Die Strafe war, daß er fortgesetzt die am niedrigsten Arbeiten verrichten mußte. Er wurde beim Inspektor vorstellig und bat diesen höflich, ihn doch wieder bei den Tagelöhnern arbeiten zu lassen. Fristlose Entlassung und beleidigende Wortwendungen waren hierauf die Antwort.

Die Auswirkungen solcher Vorkommnisse zu schildern, erübrigt sich. Es ist das schon mehr als einmal geschehen. Im übrigen sprechen die Abwanderungszahlen eine deutliche Sprache.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Riehlstraße 16

BIOX-ULTRA-ZAHNPASTA

Herzogen
Gießerei
Werk-
Hofung
mit Best

Werkzeug
Gießerei
Werk-
Hofung
mit Best

BETTEN
Eisenbetten
Eisenbetten
Eisenbetten

Geizler's Privattechnik für Maschinenbau
Inhaber: Dipl.-Ing. E. PFISTER Berlin SW 4,
Rosenstraße 13 (nahe Hof-Platz)

Vollständige technische Ausbildung von
Maschinenbau, Werkzeugbau, Konstruktion,
Technische Zeichnung in allen Zweigen im
Maschinenbau, Elektrotechnik, Flugzeug-
bau und Automobilbau. Tel.: Norden 8785.

Stromweiser durch Fernunterricht
Preisgeld 2 Mark. — Privatlehrgänge Dipl.-Ing.
PFISTER, Berlin-Wilmersdorf, Wilmersdorf 5

Arbeiter! Schloffer! Monteur!
Über 3000 neue Stunden, 20 000 Nach-
bestellungen im letzten halben Jahre sind
der beste Beweis für die Güte unserer
Stange. Darum bestellen auch Sie einen
Stangenentwurf. Jede Maß und jede
Stange wird genau gefertigt. Expedi-
tion, Preis 7,50 M. Brief per Post.
Katalog gratis, bei Best. 0,50 M. p.

Rich. Weber
Mech. Schloffer und Maschinenfabrikant
Friedrichstraße 5, Hof-Platz

Billige böhmische Bettfedern
— Nur reine gütliche Sorten —
Erg. kg. große geschlossene Mk. 3, —
hellweisse Mk. 4, —, weisse Mk. 5, —
bestere Mk. 6, —, damenweisse
Mk. 8, —, 10, —, beste Sorte Mk. 12, —,
14, —, weisse ungeschlossene Mk. 7,50,
Mk. 9,50, beste Sorte Mk. 11, —. Ver-
packt paraffiniert, zeitlich gegen Nässe
kann sein. (Linsenschicht und Rückseite gestärkt,
Bestandteil Seidewolle, Lössen M. bei Pflanz, Möbelen)

NEUE CHORAUFAHMEN DES
Dtsch. Arbeiter-
Sänger-Bundes

LENDIN-CHOR DE CO. SCHWABE
WARSCHAU
RUSS-REVOLUTIONSLIED
MARSEILLAISE
DER JÜDISE CHOR
DR. HEINZ TIESSEN.

WECKRUF, MELODIE & MARSCHLIEDER
BERLINER VOLKSCHOR, DR. E. ZANDER
4-3257 HÜBSCHER TAMBOUR
FRANZ VOLLMANN
SCHNITTERT TOD
Vollweisse

BEZUGSQUELLEN
Wohlt nach:
Homophon Company
BERLIN SW 68
ALEXANDRIEN-STR. 60B.

Die Maschinenbauerschule
Die Maschinenbauerschule
Die Maschinenbauerschule

Die Maschinenbauerschule
Die Maschinenbauerschule
Die Maschinenbauerschule

Spezialität: Frischluft-Räder
Spezialität: Frischluft-Räder
Spezialität: Frischluft-Räder

Spezialität: Frischluft-Räder
Spezialität: Frischluft-Räder
Spezialität: Frischluft-Räder

MUSIK-INSTRUMENTE
MUSIK-INSTRUMENTE
MUSIK-INSTRUMENTE

MUSIK-INSTRUMENTE
MUSIK-INSTRUMENTE
MUSIK-INSTRUMENTE

Bei Kopf- und Nervenschmerzen
Bei Kopf- und Nervenschmerzen
Bei Kopf- und Nervenschmerzen

Bei Kopf- und Nervenschmerzen
Bei Kopf- und Nervenschmerzen
Bei Kopf- und Nervenschmerzen